

**Geschäftsverteilungsplan
des Bundesgerichtshofs für das Geschäftsjahr 2019**

Inhaltsverzeichnis

A. Geschäftsverteilung

- I. Zivilsenate
- II. Strafsenate
- III. Ermittlungsrichter
- IV. Große Senate
- V. Die übrigen Senate
- VI. Schlussbestimmungen zur Geschäftsverteilung

B. Besetzung der Senate und der Ermittlungsrichterstellen

- I. Zivilsenate
- II. Strafsenate
- III. Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs
- IV. Große Senate
 - 1. Großer Senat für Zivilsachen
 - 2. Großer Senat für Strafsachen
 - 3. Mitglieder anderer Senate
 - 4. Vertretung in den Großen Senaten
- V. Die übrigen Senate
 - 1. Kartellsenat
 - 2. Dienstgericht des Bundes
 - 3. Senat für Notarsachen
 - 4. Senat für Anwaltssachen
 - 5. Senat für Patentanwaltssachen
 - 6. Senat für Landwirtschaftssachen
 - 7. Senat für Wirtschaftsprüfersachen
 - 8. Senat für Steuerberater- und Steuerbevollmächtigtensachen
- VI. Vorrang der Aufgaben und Vertretung

C. Gemeinsamer Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes

Anhang: Sitzungstage und Sitzungssäle

A. Geschäftsverteilung

I. Zivilsenate

Dem I. Zivilsenat sind zugewiesen

1. die Rechtsstreitigkeiten über Urheberrecht, Verlagsrecht und das Designrecht einschließlich Gemeinschaftsschmacksmusterrecht sowie über ein allgemeines Persönlichkeitsrecht, das vom Berechtigten kommerziell (wie ein Immaterialgüterrecht) verwertet wird;
2. die Rechtsstreitigkeiten aus dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes, soweit sie nicht dem X. Zivilsenat zugewiesen sind, insbesondere die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Marken und sonstige Kennzeichen (§ 1 des Markengesetzes),
 - b) Ansprüche aus dem Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb,
 - c) Namensrecht, soweit es sich um die Verwechselbarkeit im geschäftlichen Verkehr oder um Streitigkeiten über Domain-Namen handelt;
3. die Rechtsstreitigkeiten aus dem Sortenschutzgesetz, soweit es sich um Streitigkeiten über die Sortenbezeichnung handelt;
4. die Entscheidungen über Rechtsbeschwerden gegen Beschlüsse des Bundespatentgerichts nach dem Markengesetz und in Designsachen sowie in Sortenschutzsachen, soweit es sich um die Sortenbezeichnung handelt;
5. die Rechtsstreitigkeiten über Ansprüche aus Kommissionsgeschäften (§§ 383 ff. HGB);
6. die Rechtsstreitigkeiten über Ansprüche aus Speditions-, Lager- und Frachtgeschäften;
7. die Entscheidungen nach § 7 Absatz 2 LwVG (kraft Gesetzes);
8. die Ansprüche eines Patentanwalts und gegen einen Patentanwalt aus Anlass seiner Berufstätigkeit (Patentanwaltsordnung) einschließlich von Schadensersatzansprüchen, soweit es sich um Tätigkeiten auf den dem I. Zivilsenat zugewiesenen Rechtsgebieten handelt;

9. die Rechtsstreitigkeiten aus § 2 des Gesetzes über Unterlassungsklagen bei Verbraucherrechts- und anderen Verstößen (Unterlassungsklagengesetz – UKlaG), soweit nicht die Zuständigkeit eines anderen Zivilsenats gegeben ist (Schlussbemerkungen zur Geschäftsverteilung Nummer 4 Buchstabe c);
10. die Rechtsbeschwerden und sonstigen Rechtsbehelfe gegen Beschwerdeentscheidungen und andere Beschlüsse – mit Ausnahme von Beschlüssen in Klageverfahren – über Zwangsvollstreckung zur Erwirkung der Herausgabe von Sachen und zur Erwirkung von Handlungen oder Unterlassungen (§§ 883 ff. ZPO) sowie betreffend die allgemeinen Vorschriften zur Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen (§§ 802a ff. ZPO);
11. Rechtsbeschwerden gemäß § 70 FamFG in unternehmensrechtlichen Verfahren nach § 375 Nummer 2 FamFG in Verbindung mit § 595 Absatz 2 HGB;
12. die Entscheidungen nach § 108 Absatz 2 in Verbindung mit § 104 Absatz 2 Satz 2 BNotO;
13. die Rechtsstreitigkeiten über die Vertragsverhältnisse der Makler (§§ 652 ff. BGB) einschließlich der Handelsmakler (§§ 93 ff. HGB) sowie über Ansprüche aus § 354 HGB;
14. die Rechtsstreitigkeiten über Schiedsvereinbarungen und Schiedssprüche (§§ 1025 ff. ZPO), soweit nicht der IX. Zivilsenat (Nummer 6 Buchstabe e) zuständig ist;
15. alle Rechtsstreitigkeiten und Entscheidungen, die nicht einem anderen Senat zugewiesen sind.

Dem II. Zivilsenat sind zugewiesen

1. die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Ansprüche aus Gesellschaftsverhältnissen (§§ 705 ff. BGB) und Gemeinschaften (§§ 741 ff. BGB) mit Ausnahme von Wohnungseigentümergeinschaften, für die der V. Zivilsenat zuständig ist,
 - b) innere Verhältnisse von Handelsgesellschaften, stillen Gesellschaften und eingetragenen Genossenschaften sowie Vereinen (auch Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit) mit Einschluss der Rechtsstreitigkeiten zwischen diesen Gesellschaften, Genossenschaften oder Vereinen und ihren Vorstandsmitgliedern oder Geschäftsführern; ferner Rechtsstreitigkeiten aus dem Umwandlungsgesetz,
 - c) Durchgriffshaftung der Mitglieder juristischer Personen (Missbrauch der Rechtsform), sofern es nicht mit Rücksicht auf das im Übrigen anzuwendende Recht zweckmäßig erscheint, dass die Sache von dem für dieses Recht zuständigen Senat erledigt wird,
 - d) Firmenrecht (§§ 17 ff. HGB), soweit nicht der I. Zivilsenat (Nummer 2 Buchstabe a) zuständig ist,
 - e) Ansprüche aufgrund von Verstößen gegen gesetzliche Vorschriften zum Schutz von Kapitalanlegern (z. B. nach WpHG, WpÜG), soweit sie sich gegen die Gesellschaft und/oder ihre Organe richten, insbesondere aus der Verletzung von Publizitätspflichten der Gesellschaft und ihrer Organe, soweit nicht der XI. Zivilsenat nach Nummer 1 Buchstabe c zuständig ist,
 - f) Ansprüche aus unerlaubter Handlung, soweit sie ihre Grundlage in der Verletzung eines gesellschaftsrechtlich fundierten Schutzgesetzes (§ 823 Absatz 2 BGB), in der Veruntreuung von Gesellschaftsvermögen durch Gesellschaftsorgane oder Gesellschafter oder in der Nichtabführung von Arbeitnehmerbeiträgen zur Sozialversicherung oder zur Bundesagentur für Arbeit (§ 823 Absatz 2 BGB in Verbindung mit § 266a StGB) haben,
 - g) Ansprüche aufgrund von Bilanzierungspflichten von Gesellschaften und ihrer Verletzung,
 - h) umwandlungsrechtliche Streitigkeiten,
 - i) die Innenhaftung von Leitungs- und Aufsichtsorganen von rechtsfähigen Verbänden des Privatrechts und von Sparkassen sowie anderen öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten einschließlich der sonstigen Rechtsstreitigkeiten zwischen diesen und ihren Organen;
2. die dem Bundesgerichtshof gemäß § 16 Satz 2 und 3 des Gesetzes zur Errichtung eines Finanzmarktstabilisierungsfonds (Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz – FMStFG) vom 17. Oktober 2008 (BGBl. I S. 1982) zugewiesenen Rechtsstreitigkeiten, soweit nicht der XI. Zivilsenat (Nummer 6) zuständig ist;
3. Rechtsbeschwerden gemäß § 70 FamFG in
 - a) Handelsregistersachen, Genossenschaftsregistersachen, Partnerschaftsregistersachen und Vereinsregistersachen (§ 374 Nummer 1 bis 4 FamFG),
 - b) den in § 375 Nummer 1, 3 bis 16 FamFG genannten unternehmensrechtlichen Verfahren;
4. Rechtsbeschwerden in den in § 71 Absatz 2 Nummer 4 GVG aufgeführten Verfahren.

Dem III. Zivilsenat sind zugewiesen

1. die Rechtsstreitigkeiten über Schadensersatzansprüche
 - a) von juristischen Personen des öffentlichen Rechts gegen ihre Beamten, Richter und Soldaten aufgrund des Dienstverhältnisses, soweit nicht der V. Zivilsenat (Nummer 1 Buchstabe h) zuständig ist,
 - b) gegen Beamte aus § 839 BGB, soweit nicht der V. Zivilsenat (Nummer 1 Buchstabe h) zuständig ist,
 - c) gegen juristische Personen des öffentlichen Rechts aufgrund des Artikels 131 WRV und des Artikels 34 des Grundgesetzes, soweit nicht der V. Zivilsenat (Nummer 1 Buchstabe h) zuständig ist,

- d) gegen juristische Personen des öffentlichen Rechts aus der Verletzung der Straßenunterhaltungspflicht oder Verkehrssicherungspflicht auf Straßen und Wasserstraßen,
- e) wegen Pflichtverletzungen von Notaren;
- 2. die Rechtsstreitigkeiten über die Haftung des gerichtlichen Sachverständigen (§ 839a BGB);
- 3. die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Folgekosten bei straßenbaubedingter Verlegung von Versorgungsleitungen,
 - b) Ansprüche auf Entschädigung wegen
 - aa) Enteignung (einschließlich enteignungsgleichen Eingriffs) sowie Maßnahmen enteignungsähnlicher Art,
 - bb) Strafverfolgungsmaßnahmen,
 - c) vermögensrechtliche Ansprüche aus Aufopferung für das gemeine Wohl und aus öffentlich-rechtlicher Verwahrung sowie Schadensersatzansprüche aus der Verletzung öffentlich-rechtlicher Pflichten (§ 40 Absatz 2 Satz 1 VwGO),
 - d) Ansprüche aus der Menschenrechtskonvention;
- 4. die Entscheidungen in Baulandsachen;
- 5. die Rechtsstreitigkeiten über Ansprüche aus dem Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm vom 30. März 1971;
- 6. die Rechtsstreitigkeiten über Stiftungen (§§ 80 ff. BGB), über Nießbrauch an Vermögen (§§ 1085 ff. BGB) und Leibrenten (§§ 759 ff. BGB);
- 7. die Rechtsstreitigkeiten über Auftragsverhältnisse (§§ 662 bis 676c BGB) und Geschäftsführung ohne Auftrag (§§ 677 bis 687 BGB), soweit nicht der IX. Zivilsenat (Nummer 3) oder der XI. Zivilsenat (Nummer 2 Buchstabe a) zuständig ist;
- 8. die Rechtsstreitigkeiten über Dienstverhältnisse, soweit nicht der I. Zivilsenat (Nummer 8), der VI. Zivilsenat (Nummer 1), der VII. Zivilsenat (Nummer 2), der IX. Zivilsenat (Nummer 3), der X. Zivilsenat (Nummer 7) oder der XI. Zivilsenat (Nummer 2 Buchstabe a) zuständig ist;
- 9. die Rechtsstreitigkeiten über Kleingartenpachtverträge (BKleingG vom 28. Februar 1983);
- 10. die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Bergrechtssachen einschließlich der Abbaurechtssachen sowie Wasserrechtssachen einschließlich der Deich- und Sielrechtssachen,
 - b) Jagd- und Fischereirechte nebst Verträgen hierüber;
- 11. die Entscheidungen nach § 109 BRAO, § 77 Absatz 2 der Wirtschaftsprüferordnung, § 101 Absatz 2 des Steuerberatungsgesetzes und § 93 Absatz 3 der Patentanwaltsordnung;
- 12. die Entscheidungen nach § 159 Absatz 1 GVG;
- 13. die Entscheidungen über die Wahlanfechtung gemäß § 21b Absatz 6 GVG;
- 14. die Rechtsstreitigkeiten nach § 201 GVG und nach § 155c Absatz 2 Satz 2 FamFG.

Dem IV. Zivilsenat sind zugewiesen

- 1. die Rechtsstreitigkeiten über Erbrecht einschließlich von Erbschaftskäufen, soweit nicht der V. Zivilsenat zuständig ist;
- 2. die Rechtsstreitigkeiten über Versicherungsverhältnisse, soweit sie nicht dem VI. Zivilsenat (Nummer 5 Buchstabe c) zugewiesen sind;
- 3. die Entscheidungen des Bundesgerichtshofs gemäß § 23 Absatz 1, § 29 Absatz 1 EGGVG über die Rechtmäßigkeit der Anordnungen, Verfügungen oder sonstigen Maßnahmen, die von den Justizbehörden zur Regelung einzelner Angelegenheiten auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechts einschließlich des Handelsrechts, des Zivilprozesses und der freiwilligen Gerichtsbarkeit getroffen sind;
- 4. Rechtsbeschwerden gemäß § 70 FamFG in
 - a) Nachlass- und Teilungssachen, bei denen es nicht ausschließlich oder überwiegend um vom allgemeinen Recht abweichendes Recht der Erbfolge in landwirtschaftliche Grundstücke, um die Auseinandersetzung von Gesamtgut nach Beendigung der ehelichen, lebenspartnerschaftlichen oder fortgesetzten Gütergemeinschaft oder um darüber auszustellende Zeugnisse geht,
 - b) Aufgebotssachen betreffend das Aufgebot von Nachlassgläubigern.

Dem V. Zivilsenat sind zugewiesen

- 1. die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Ansprüche aus Verträgen über Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte (einschließlich des Vorkaufs und Wiederkaufs), soweit nicht der III. Zivilsenat (Nummer 3 Buchstabe a), der VIII. Zivilsenat (Nummer 2) oder der X. Zivilsenat (Nummer 11) zuständig ist,

- b) Ansprüche aus Besitz und Eigentum an Grundstücken und an Sachen, die mit einem Grundstück oder Gebäude in körperliche Verbindung gebracht sind, mit Einschluss von Überbau und Grenzverhältnissen (§§ 912 bis 916, 919 bis 923 BGB), ferner die Rechtsstreitigkeiten aus dinglichen Vorkaufsrechten und Rechtsgeschäften darüber,
 - c) Ansprüche nach § 76 des Telekommunikationsgesetzes,
 - d) Ansprüche aus dinglichen Rechten an Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten und Rechtsgeschäften darüber,
 - e) Nachbarrecht nebst dessen Verletzung (§§ 903 bis 910 BGB, § 14 BImSchG),
 - f) Angelegenheiten gemäß § 43 Nummer 1 bis 4 WEG,
 - g) Erbrecht, wenn es sich ausschließlich oder überwiegend um vom allgemeinen Recht abweichendes Recht der Erbfolge in landwirtschaftliche Grundstücke handelt, soweit nicht der Senat für Landwirtschaftssachen zuständig ist,
 - h) Schadensersatzansprüche wegen Amtspflichtverletzung von Grundbuchbeamten in Grundbuchsachen einschließlich der Rückgriffsansprüche gegen Beamte,
 - i) kirchenrechtliche Verhältnisse sowie Schulbaulasten und Grabstätten (Artikel 132, 133 EGBGB),
 - j) Familiengüter und Lehen (Artikel 59 EGBGB),
 - k) Landpacht, soweit nicht der Senat für Landwirtschaftssachen zuständig ist,
 - l) Ansprüche aus Besitz und Eigentum an beweglichen Sachen, soweit nicht der VIII. Zivilsenat (Nummer 1 Buchstabe c) oder der XI. Zivilsenat (Nummer 4) zuständig ist, und aus Funden (§§ 965 ff. BGB),
 - m) Ansprüche aus Nießbrauch und Pfandrecht an beweglichen Sachen und Rechten einschließlich des kaufmännischen Zurückbehaltungsrechts (§ 369 HGB) sowie Rechtsgeschäften hierüber, soweit nicht der XI. Zivilsenat zuständig ist;
2. Rechtsbeschwerden gemäß § 70 FamFG in
- a) Freiheitsentziehungssachen,
 - b) Aufgebotssachen betreffend das Aufgebot des Grundstückseigentümers, des Grundpfandgläubigers und der Berechtigten sonstiger dinglicher Rechte,
 - c) den Fällen der § 15 BNotO, § 54 BeurkG, sofern sich die Beschwerde gegen die Ablehnung einer Amtshandlung nach den §§ 45, 46, 51 BeurkG oder gegen die Ersetzung einer Urschrift richtet;
3. Rechtsbeschwerden in Grundbuchsachen;
4. die Rechtsbeschwerden und sonstigen Rechtsbehelfe gegen Beschwerdeentscheidungen und andere Beschlüsse – mit Ausnahme von Beschlüssen in Klageverfahren – über Zwangsvollstreckung in Grundstücke mit Einschluss von Kauf und Tausch von Rechten aus dem Meistgebot (§ 81 ZVG);
5. Entscheidungen nach § 18 ThUG.

Dem VI. Zivilsenat sind zugewiesen

- 1. die Rechtsstreitigkeiten über Ansprüche aus unerlaubten Handlungen, soweit nicht der I. Zivilsenat (Nummer 1), der II. Zivilsenat (Nummer 1 Buchstabe e, f, h und i), der III. Zivilsenat (Nummern 1, 2 und 10), der V. Zivilsenat (Nummer 1 Buchstabe b, e, h und l) oder der VII. Zivilsenat (Nummer 3) zuständig ist, Schadensersatzansprüche aus medizinischer Behandlung von Mensch und Tier, auch wenn sie auf Vertrag gestützt sind, Schadensersatzansprüche aus den §§ 84 ff. des Gesetzes über den Verkehr mit Arzneimitteln sowie Ansprüche aus dem Recht am eigenen Bild (§§ 22 ff. KunstUrhG) und aus dem Bundesdatenschutzgesetz;
- 2. die Rechtsstreitigkeiten über Ansprüche aus Unfällen, an denen ein Luftfahrzeug, ein Kraftfahrzeug, eine Eisenbahn oder eine Straßenbahn beteiligt sind, auch wenn sie auf den Beförderungsvertrag gestützt sind, jedoch mit Ausnahme der zur Zuständigkeit des I. Zivilsenats (Nummer 6) gehörenden Frachtverträge über Güter;
- 3. die Rechtsstreitigkeiten über Ansprüche aus dem Produkthaftungsgesetz vom 15. Dezember 1989 (BGBl. I S. 2198) sowie aus dem Gesetz zur Regelung der Gentechnik vom 16. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2066);
- 4. die Rechtsstreitigkeiten über Ansprüche aus dem Umwelthaftungsgesetz vom 10. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2634), soweit nicht weitergehende Ansprüche aufgrund anderer Vorschriften (§ 18 Absatz 1 UmweltschG) geltend gemacht werden oder ein anderes Rechtsgebiet den eigentlichen Gegenstand des Streites bildet;
- 5. a) die Seesachen (§§ 476 ff. HGB) sowie die Binnenschiffahrts- und Flößereisachen (BinSchG) mit Ausnahme der Frachtgeschäfte,
- b) die Rechtsstreitigkeiten aus Schleppverträgen oder aus dem Zusammenstoß von Wasserfahrzeugen mit anderen Gegenständen einschließlich Fernschädigung,
- c) die Rechtsstreitigkeiten aus Versicherungen (einschließlich von Rückversicherungen) von Wasserfahrzeugen sowie aus Güterversicherungen für den Transport über See oder auf Binnengewässern allein oder in Verbindung mit Landtransport, soweit der Schwerpunkt des Rechtsstreits in der Revisionsinstanz auf nautischen Fragen liegt,

- d) die Rechtsstreitigkeiten aus dem Gesetz über Rechte an eingetragenen Schiffen und Schiffsbauwerken vom 15. November 1940, über Besitz und Eigentum an Schiffen und Schiffsbauwerken,
- e) die Rechtsstreitigkeiten über Schiffspfandrechte und Zwangsvollstreckung in Schiffe (§§ 162 ff. ZVG);
- 6. Rechtsbeschwerden gemäß § 70 FamFG in
 - a) den in § 375 Nummer 2 FamFG genannten unternehmensrechtlichen Verfahren, soweit nicht der I. Zivilsenat (Nummer 11) zuständig ist,
 - b) Aufgebotssachen betreffend das Aufgebot des Eigentümers von Schiffen und Schiffsbauwerken, des Gläubigers von Schiffspfandrechten und des Schiffsgläubigers;
- 7. Rechtsbeschwerden, soweit es sich um die Führung der Schiffsregister, Binnenschiffsregister und Schiffsbauregister und sonstige Befugnisse der Registerrichter handelt.

Dem VII. Zivilsenat sind zugewiesen

die Rechtsstreitigkeiten über

- 1. Werkverträge, soweit nicht der VI. Zivilsenat (Nummern 1 und 2) zuständig ist;
- 2. Dienstverhältnisse der Architekten und anderer bei Bauten beschäftigter Personen;
- 3. Schadensersatzansprüche aus unerlaubter Handlung aufgrund des Gesetzes über die Sicherung der Bauforderungen vom 1. Juni 1909 (RGBl. S. 449) und aufgrund des Bauforderungssicherungsgesetzes in der Fassung des Forderungssicherungsgesetzes vom 23. Oktober 2008 (BGBl. I S. 2022);
- 4. die Rechtsbeschwerden und sonstigen Rechtsbehelfe gegen Beschwerdeentscheidungen und andere Beschlüsse – mit Ausnahme von Beschlüssen in Klageverfahren –
 - a) über Zwangsvollstreckung in anderes als unbewegliches Vermögen, soweit nicht der XII. Zivilsenat (Nummer 5) zuständig ist,
 - b) die die allgemeinen Zwangsvollstreckungsvoraussetzungen betreffen, soweit nicht ein anderer Zivilsenat zuständig ist;
- 5. die Vertragsverhältnisse der Handelsvertreter (§§ 84 ff. HGB) und über Franchiseverträge;
- 6. die Rechtsstreitigkeiten über Schadensersatzansprüche wegen fehlerhafter Gutachten.

Dem VIII. Zivilsenat sind zugewiesen

- 1. die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Ansprüche aus Kauf und Tausch von beweglichen Sachen und Rechten, soweit nicht der V. Zivilsenat (Nummer 1 Buchstabe d, Nummer 3), der IX. Zivilsenat (Nummer 6 Buchstabe a) oder der XI. Zivilsenat (Nummer 1 Buchstabe a) zuständig ist,
 - b) Ansprüche aus dem Erwerb eines Handelsgeschäfts (§ 95 Absatz 1 Nummer 4 Buchstabe d GVG),
 - c) Ansprüche aus Besitz und Eigentum an beweglichen Sachen, soweit im Zusammenhang mit Verträgen über Kauf oder Tausch von beweglichen Sachen oder Rechten Eigentum vorbehalten oder zur Sicherheit übertragen worden ist,
 - d) Leasing;
- 2. die Entscheidungen in Rechtsstreitigkeiten über Wohnraummietverhältnisse einschließlich der Rechtsstreitigkeiten über das Vorkaufsrecht des Mieters nach § 577 BGB.

Dem IX. Zivilsenat sind zugewiesen

- 1. die Rechtsstreitigkeiten über Angelegenheiten des Bundesgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (Bundesentschädigungsgesetz);
- 2. Rückerstattungssachen;
- 3. die Rechtsstreitigkeiten über Auftragsverhältnisse (§§ 662 bis 676c BGB) und Geschäftsführung ohne Auftrag (§§ 677 bis 687 BGB)
 - a) betreffend Ansprüche von Rechtsanwälten und Rechtsbeiständen sowie gegen Rechtsanwälte und Rechtsbeistände,
 - b) betreffend Ansprüche aus steuerlicher Beratung;
- 4. Schadensersatzansprüche wegen Pflichtverletzungen gegen Rechtsanwälte und Rechtsbeistände;
- 5. Schadensersatzansprüche aufgrund sonstiger besonderer Gesetzesvorschriften (z. B. § 302 Absatz 4, §§ 717, 945 ZPO), soweit sie nicht einem anderen Senat besonders zugewiesen sind;
- 6. die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Zwangsvollstreckung in Grundstücke mit Einschluss von Kauf und Tausch von Rechten aus dem Meistgebot (§ 81 ZVG), soweit nicht der V. Zivilsenat (Nummer 1 Buchstabe d, Nummer 4) zuständig ist,
 - b) Zwangsvollstreckung in anderes als unbewegliches Vermögen (einschließlich der Klagen auf Vollstreckbarerklärung ausländischer Entscheidungen und mit Einschluss von § 771 ZPO, dagegen mit Ausschluss der §§ 767 bis 769 ZPO), soweit nicht der VII. Zivilsenat (Nummer 4) oder der XII. Zivilsenat (Nummer 5) zuständig ist,

- c) Zwangsvollstreckung zur Erwirkung der Herausgabe von Sachen und zur Erwirkung von Handlungen oder Unterlassungen (§§ 883 ff. ZPO) sowie eidesstattliche Versicherung und Haft (§§ 899 ff. ZPO), soweit nicht der I. Zivilsenat (Nummer 10) zuständig ist,
 - d) Insolvenz (einschließlich Konkurs- und Vergleichsordnung) und Anfechtung von Rechtsgeschäften eines Schuldners zum Nachteil seiner Gläubiger außerhalb des Konkurs- und Insolvenzverfahrens (AnfechtungsG), auch soweit Scheingeschäft behauptet wird,
 - e) Schiedsvereinbarungen und Schiedssprüche (§§ 1025 ff. ZPO) in den Sachen, in denen ein Mitglied des I. Zivilsenats Schiedsrichter ist oder war;
7. die Entscheidungen in den Fällen des § 2 ZVG;
 8. die Entscheidungen über die Zulassung der Zwangsvollstreckung aus ausländischen Titeln im sachlichen Anwendungsbereich des Gesetzes zur Ausführung zwischenstaatlicher Verträge und zur Durchführung von Verordnungen und Abkommen der Europäischen Gemeinschaft auf dem Gebiet der Anerkennung und Vollstreckung in Zivil- und Handelssachen (Anerkennungs- und Vollstreckungsausführungsgesetz – AVAG) vom 3. Dezember 2009 (BGBl. I S. 3830) und über die Versagung der Zwangsvollstreckung nach der Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (EuGVVO n. F.) oder nach § 1115 ZPO, soweit nicht der XII. Zivilsenat (Nummer 5) zuständig ist;
 9. die Entscheidungen nach Artikel 2 des Gesetzes zum Europäischen Übereinkommen vom 16. Mai 1972 über Staatenimmunität vom 22. Januar 1990 (BGBl. II S. 34);
 10. die Rechtsstreitigkeiten über Darlehensverträge (§§ 488 ff., §§ 607 ff. BGB), soweit nicht der XI. Zivilsenat (Nummer 3) zuständig ist.

Dem X. Zivilsenat sind zugewiesen

1. die Rechtsstreitigkeiten über Patent-, Gebrauchsmuster- und Topographieschutzrechte nebst Verträgen hierüber;
2. die Rechtsstreitigkeiten aus Verträgen über die Benutzung eines Geheimverfahrens oder über die ausschließliche Verwertung nicht geschützter gewerblicher Erzeugnisse;
3. die Rechtsstreitigkeiten aus dem Gebiet der Arbeitnehmererfindungen;
4. die Rechtsstreitigkeiten aus dem Sortenschutzgesetz, soweit sie nicht dem I. Zivilsenat (Nummer 3) zugewiesen sind;
5. die Patentnichtigkeits- und Zwangslizenzsachen;
6. die Entscheidungen über Rechtsbeschwerden gegen Beschlüsse des Bundespatentgerichts in Patent- und Gebrauchsmustersachen, in Topographieschutzsachen sowie in Sortenschutzsachen, soweit Letztere nicht dem I. Zivilsenat (Nummer 4) zugewiesen sind;
7. die Ansprüche eines Patentanwalts und gegen einen Patentanwalt aus Anlass seiner Berufstätigkeit (Patentanwaltsordnung) einschließlich von Schadensersatzansprüchen, soweit sie nicht dem I. Zivilsenat (Nummer 8) zugewiesen sind;
8. die Bestimmung des zuständigen Gerichts nach § 36 Absatz 3 ZPO, soweit nicht der IX. Zivilsenat (Nummer 7) oder der XII. Zivilsenat (Nummer 4) zuständig ist;
9. die Rechtsstreitigkeiten über Reise- und Personenbeförderungsverträge, soweit nicht der VI. Zivilsenat (Nummer 2) zuständig ist;
10. die Rechtsstreitigkeiten über Vergabeverfahren öffentlicher Auftraggeber einschließlich der Entscheidungen in Vorlegungsverfahren gemäß § 124 Absatz 2 GWB;
11. die Rechtsstreitigkeiten über Schenkungen (§§ 516 ff. BGB), soweit nicht der II. Zivilsenat (Nummer 1 Buchstabe a und b) zuständig ist;
12. die Entscheidungen, die erforderlich werden, bevor sich der für die Bearbeitung der Sache zuständige Senat feststellen lässt.

Dem XI. Zivilsenat sind zugewiesen

1. die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Ansprüche aus Kauf und Tausch von Wertpapieren,
 - b) Ansprüche aus Besitz und Eigentum (einschließlich der Fälle des § 771 ZPO), Nießbrauch und Pfandrecht (einschließlich des kaufmännischen Zurückbehaltungsrechts, § 369 HGB) an Wertpapieren sowie aus Rechtsgeschäften hierüber,
 - c) Ansprüche aufgrund des Börsengesetzes und des Depotgesetzes sowie Prospekthaftungsansprüche nach § 127 des Investmentgesetzes, nach den §§ 13, 13a des Wertpapier-Verkaufsprospektgesetzes (Verkaufsprospektgesetz), nach den §§ 21, 22, 24 des Wertpapierprospektgesetzes, nach den §§ 20, 21, 22 des Vermögensanlagegesetzes und nach § 306 des Kapitalanlagegesetzbuches,
 - d) Wechselsachen, Schecksachen und Ansprüche aus kaufmännischen Anweisungen;

2. die Rechtsstreitigkeiten

- a) über Auftragsverhältnisse (§§ 662 bis 676c BGB) und Geschäftsführung ohne Auftrag (§§ 677 bis 687 BGB) der Banken sowie der Zahlungsauslöse- und Kontoinformationsdienste, wenn kontoführender Zahlungsdienstleister eine Bank ist,
 - b) über Ansprüche aus Bankgarantien,
 - c) gemäß den §§ 50, 51 des Gesetzes über die Vergleichbarkeit von Zahlungskontoentgelten, den Wechsel von Zahlungskonten sowie den Zugang zu Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen (Zahlungskontengesetz), bei denen Banken beteiligt sind;
3. die Rechtsstreitigkeiten über Darlehensverträge zwischen einem Kreditinstitut und einem Darlehensnehmer sowie zwischen einem Unternehmer als Darlehensgeber und einem Verbraucher als Darlehensnehmer (§§ 491 ff., 13, 14, 607 ff. BGB, §§ 1 ff. VerbrKrG), aus dem Einlagengeschäft eines Kreditinstituts (Darlehen von Kunden als Darlehensgeber), über Ansprüche aus Kontokorrenten (§ 355 HGB) sowie die Rechtsstreitigkeiten über abstrakte Schuldverhältnisse (§§ 780 bis 808 BGB) einschließlich derjenigen über Schuldverschreibungen im Sinne des Schuldverschreibungsgesetzes, soweit nicht das Insolvenzgericht zuständig ist; jedoch ist bei Rechtsstreitigkeiten über Ansprüche aus abstrakten Schuldverhältnissen für die Zuständigkeit die zugrunde liegende Forderung maßgeblich, wenn sie den Gegenstand des Streits bildet;
4. die Rechtsstreitigkeiten über Ansprüche aus Besitz und Eigentum an beweglichen Sachen, soweit im Zusammenhang mit Darlehensverträgen Eigentum zur Sicherheit übertragen worden ist;
5. die Rechtsstreitigkeiten über Bürgschaften (§§ 765 ff. BGB); jedoch ist bei Rechtsstreitigkeiten über eine Bürgschaft für die Zuständigkeit die Hauptverbindlichkeit maßgebend, wenn nur deren Bestand den Gegenstand des Streits bildet;
6. die dem Bundesgerichtshof gemäß § 16 Satz 2 und 3 FMStFG zugewiesenen Rechtsstreitigkeiten, soweit es sich um Rechtsstreitigkeiten über die in den Nummern 1 bis 5 genannten Ansprüche und Rechtsgeschäfte handelt.

Dem XII. Zivilsenat sind zugewiesen

1. die Rechtsstreitigkeiten und die Rechtsbeschwerden gegen Entscheidungen über
 - a) Personenrecht, insbesondere Namensrecht (§ 12 BGB), soweit nicht der I. Zivilsenat zuständig ist (Nummer 2 Buchstabe c), einschließlich Todeserklärungen,
 - b) Familienrecht und Lebenspartnerschaftssachen,
 - c) sonstige vermögensrechtliche Auseinandersetzungen zwischen Ehegatten nach gescheiterter Ehe, auch wenn daneben Dritte am Verfahren beteiligt sind,
 - d) vermögensrechtliche Auseinandersetzungen nichtehelicher Lebensgemeinschaften;
2. die Entscheidungen in Betreuungssachen nach den §§ 271 und 340 FamFG;
3. die Entscheidungen in Unterbringungssachen nach § 312 FamFG;
4. die Bestimmung des zuständigen Gerichts nach § 36 Absatz 3 ZPO in Familienreit- und Ehesachen und Streitigkeiten nach § 5 FamFG in Familien-, Betreuungs- und Unterbringungssachen;
5. die Anerkennung und Vollstreckbarerklärung ausländischer Entscheidungen auf dem Gebiet des Familienrechts;
6. die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Miet- und Pachtverhältnisse, soweit nicht der III. Zivilsenat (Nummer 9), der V. Zivilsenat (Nummer 1 Buchstabe k), der VI. Zivilsenat (Nummer 5 Buchstabe a) oder der VIII. Zivilsenat (Nummer 1 Buchstabe d und Nummer 2) zuständig ist,
 - b) Leihe und Verwahrung, soweit nicht der III. Zivilsenat (Nummer 3 Buchstabe c), der V. Zivilsenat (Nummer 1 Buchstabe a) oder der XI. Zivilsenat (Nummer 1 Buchstabe c) zuständig ist.

II. Strafsenate

Dem 1. Strafsenat sind zugewiesen

1. die Revisionen in Strafsachen für die Bezirke der Oberlandesgerichte Bamberg, München, Nürnberg, Stuttgart und Karlsruhe, soweit nicht der 4. Strafsenat zuständig ist;
2. die Revisionen in Militärstrafsachen (zweiter Teil des Wehrstrafgesetzes in der Fassung vom 24. Mai 1974, BGBl. I S. 1213);
3. die Revisionen in Strafsachen wegen Vergehen gegen die Landesverteidigung (§§ 109 bis 109k StGB), soweit nicht der 3. Strafsenat dafür zuständig ist;
4. die Entscheidungen nach § 138c Absatz 1 Satz 3 StPO für den Fall, dass das Verfahren vor dem generell zuständigen 2. Strafsenat anhängig ist;
5. die Revisionen in Steuer- und Zollstrafsachen; dies gilt nicht, wenn dieselbe Handlung eine Straftat nach dem Betäubungsmittelgesetz darstellt;

6. die Entscheidungen des Bundesgerichtshofs als gemeinschaftliches oberes Gericht (z. B. §§ 12 ff. StPO, § 42 Absatz 3 JGG) und in den Fällen des § 13a StPO, soweit es sich um Strafsachen handelt, für die nach Nummer 5 die Zuständigkeit des 1. Strafsenats begründet ist.

Dem 2. Strafsenat sind zugewiesen

1. die Revisionen in Strafsachen für die Bezirke der Oberlandesgerichte Frankfurt am Main, Jena, Köln und Rostock;
2. die Entscheidungen des Bundesgerichtshofs als gemeinschaftliches oberes Gericht (z. B. §§ 12 ff. StPO, § 42 Absatz 3 JGG), soweit nicht der 1. Strafsenat (Nummer 6) oder der 3. Strafsenat (Nummer 6 a) zuständig ist, die Bestimmung des zuständigen Gerichts nach § 19 Absatz 2 ZuständigkeitsergänzungsG vom 7. August 1952 (BGBl. I S. 407), die Bestimmung der zuständigen Staatsanwaltschaft nach § 6 Absatz 2 Satz 3 NS-AufhG vom 25. August 1998 (BGBl. I S. 2501) und die sonstigen Entscheidungen, die keinem anderen Strafsenat zugeteilt sind (u. a. nach § 138c Absatz 1 Satz 3 StPO, § 63 WpÜG);
3. die Entscheidungen des 4. Strafsenats im Falle der Zurückverweisung der Sache an einen anderen Strafsenat.

Dem 3. Strafsenat sind zugewiesen

1. die Revisionen in Strafsachen für die Bezirke der Oberlandesgerichte Celle, Düsseldorf, Oldenburg und Koblenz;
2. die Revisionen
 - a) in Strafsachen gegen die Urteile der Oberlandesgerichte im ersten Rechtszug und gegen die Urteile der in § 74a GVG bezeichneten Strafkammern aus allen Oberlandesgerichtsbezirken,
 - b) in Strafsachen, die eine in § 74a Absatz 1 oder § 120 Absatz 1 GVG genannte Straftat betreffen;
3. die Revisionen in Strafsachen, die Straftaten nach dem Außenwirtschaftsgesetz – auch in Verbindung mit der Außenwirtschaftsverordnung – betreffen;
4. die Revisionen in Strafsachen gegen die Urteile der Strafkammern, sofern sie Fälle der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (§ 86a StGB), der Anleitung zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat (§ 91 StGB), der Volksverhetzung (§ 130 StGB), der Kennzeichenverwendung nach § 20 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 des Vereinsgesetzes, der geheim gehaltenen Ausländerverbindung (§ 95 Absatz 1 Nummer 8 AufenthG), der Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole (§ 90a Absatz 1 und 2 StGB) oder der Zuwiderhandlung gegen ein Vereinigungsverbot nach Maßgabe des § 74a Absatz 1 Nummer 4 2. Halbsatz GVG betreffen;
5. die Beschwerden gegen
 - a) Beschlüsse und Verfügungen der Oberlandesgerichte in den in § 304 Absatz 4 Satz 2 2. Halbsatz StPO, § 310 Absatz 1 StPO, § 102 Satz 2 JGG bestimmten Fällen, sowie in den Fällen des § 304 Absatz 4 Satz 2 3. Halbsatz (in Verbindung mit § 138d Absatz 6) StPO, soweit die Entscheidung nach den §§ 138a, 138b StPO in Verfahren erfolgt ist, in welchen der 3. Strafsenat gemäß Nummer 2 über das Rechtsmittel der Revision zu entscheiden hat,
 - b) Entscheidungen des Ermittlungsrichters des Bundesgerichtshofs;
6. a) die Entscheidungen des Bundesgerichtshofs als gemeinschaftliches oberes Gericht (z. B. §§ 12 ff. StPO, § 42 Absatz 3 JGG) und in den Fällen des § 13a StPO, soweit es sich um die durch die §§ 74a, 120 GVG begründete Zuständigkeit der Landgerichte und Oberlandesgerichte und um Strafsachen handelt, für die nach Nummer 3 die Zuständigkeit des 3. Strafsenats begründet ist,
 - b) die Entscheidungen nach § 121 Absatz 4 StPO,
 - c) die Entscheidungen nach den §§ 35 und 37 Absatz 4 EGGVG,
 - d) die Entscheidungen nach § 138c Absatz 1 Satz 2 1. Halbsatz StPO (Entscheidungen nach den §§ 138a, 138b StPO in Fällen, in denen die Ermittlungen vom Generalbundesanwalt geführt werden),
 - e) die Entscheidungen, die nach den Vorschriften des Gesetzes zur Regelung des Rechts der Untersuchungsausschüsse des Deutschen Bundestages vom 19. Juni 2001 (BGBl. I S. 1142) dem Bundesgerichtshof zugewiesen sind;
7. die Entscheidungen in Verfahren der vorbeugenden Kriminalitätsbekämpfung, für die die Vorschriften des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit entsprechend gelten (etwa nach dem Bundespolizeigesetz und dem Bundeskriminalamtgesetz), soweit nicht der V. Zivilsenat (Nummer 2 Buchstabe a) zuständig ist;
8. die Entscheidungen des Bundesgerichtshofs nach § 33 des Gesetzes über die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH-Gesetz).

Dem 4. Strafsenat sind zugewiesen

1. die Revisionen in Strafsachen für die Bezirke der Oberlandesgerichte Hamm, Naumburg, Zweibrücken sowie aus dem Bezirk des Oberlandesgerichts Karlsruhe die Landgerichte Baden-Baden, Freiburg, Konstanz, Offenburg und Waldshut-Tiengen;
2. die Revisionen in Verkehrsstrafsachen (einschließlich des räuberischen Angriffs auf Kraftfahrer sowie der Eisenbahn- und Luftunfälle und der Fälle, in denen eine Verkehrsordnungswidrigkeit mit anderen Straftaten zusammentrifft) außer Fahren ohne Fahrerlaubnis, sofern dies im Verfahren mit anderen Straftaten zusammentrifft;
3. die Entscheidungen nach § 42 des Gesetzes über die Internationale Rechtshilfe in Strafsachen;

4. die Entscheidungen im Falle der Zurückverweisung der Sache an einen anderen Strafsenat des Bundesgerichtshofs, soweit nicht der 2. Strafsenat zuständig ist;
5. die Entscheidungen nach § 13 Absatz 4 und § 25 Absatz 1 Satz 4 des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes (StrRehaG).

Dem 5. Strafsenat sind zugewiesen

1. die Revisionen in Strafsachen für den Bezirk des Kammergerichts sowie für die Bezirke der Oberlandesgerichte Brandenburg, Braunschweig, Bremen, Dresden, Hamburg, Saarbrücken und Schleswig;
2. die Entscheidungen über Rechtsbeschwerden gemäß § 29 EGGVG in Angelegenheiten der Strafrechtspflege oder des Vollzugs;
3. die Entscheidungen in Vorlegesachen gemäß § 121 Absatz 2 Nummer 2 und 3 GVG.

III. Ermittlungsrichter

1. Für richterliche Handlungen in Ermittlungsverfahren sind zuständig:

a) der Ermittlungsrichter I

aa) in Staatsschutzsachen, in Landesverratssachen (Zweiter Abschnitt des StGB), in Außenwirtschaftsstrafsachen, ausgenommen Straftaten nach dem Außenwirtschaftsgesetz, die der Förderung des islamistischen Terrorismus dienen, namentlich Verstöße gegen Vorschriften des Außenwirtschaftsgesetzes, gegebenenfalls in Verbindung mit der Außenwirtschaftsverordnung, die der innerstaatlichen Umsetzung von Embargos der Vereinten Nationen und/oder der Europäischen Union gegen Personen und Organisationen aus diesem Bereich des Terrorismus dienen, und sonstigen ermittelungsrichterlichen Sachen, die nicht einem anderen Ermittlungsrichter zugewiesen sind;

bb) in Staatsschutzsachen, die von Ausländern gebildete inländische und ausländische Vereinigungen nach den §§ 129, 129a und 129b StGB ohne fundamentalistischen islamistischen Hintergrund betreffen, soweit nicht der Ermittlungsrichter II zuständig ist, sowie in Staatsschutzsachen, die inländische und ausländische Vereinigungen nach den §§ 129, 129a und 129b StGB betreffen, sofern sie einen fundamentalistischen islamistischen Hintergrund haben und nicht der Ermittlungsrichter II zuständig ist;

cc) in Staatsschutzsachen mit rechtsextremistischem Hintergrund;

dd) in Sachen nach dem Völkerstrafgesetzbuch bzw. nach § 220a StGB a. F.;

b) der Ermittlungsrichter II

aa) in Staatsschutzsachen, die ausländische Vereinigungen nach den §§ 129, 129a und 129b StGB betreffen, sofern sie einen fundamentalistischen islamistischen Hintergrund haben, die Organisationen Islamischer Staat im Irak und in Großsyrien (ISIG) bzw. Islamischer Staat (IS) oder Jabhat al-Nusra (JaN) – auch zusammen mit weiteren Organisationen – betroffen sind und nicht der Ermittlungsrichter I zuständig ist;

bb) in Staatsschutzsachen, die türkische inländische und ausländische Vereinigungen nach den §§ 129, 129a und 129b StGB mit Einschluss des Kaplan-Verbandes betreffen;

c) der Ermittlungsrichter III

als Vertreter des Ermittlungsrichters I zu A. III. 1. a) aa), bb) und zu A. III. 2.;

d) der Ermittlungsrichter IV

als Vertreter des Ermittlungsrichters I zu A. III. 1. a) cc) und dd);

e) der Ermittlungsrichter V

als Vertreter des Ermittlungsrichters II zu A. III. 1. b) aa);

f) der Ermittlungsrichter VI

als Vertreter des Ermittlungsrichters II zu A. III. 1. b) bb).

2. Für Entscheidungen, die nach den Vorschriften des Gesetzes zur Regelung des Rechts der Untersuchungsausschüsse des Deutschen Bundestages vom 19. Juni 2001 (BGBl. I S. 1142) dem Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs zugewiesen sind, ist der Ermittlungsrichter I zuständig.
3. Für die Zuständigkeit nach Nummer 1 Buchstabe a und b ist die erste in der Sache vorgenommene ermittelungsrichterliche Handlung bestimmend.

IV. Große Senate

Die Zuständigkeit des Großen Senates für Zivilsachen, des Großen Senates für Strafsachen und der Vereinigten Großen Senate ergibt sich aus dem Gerichtsverfassungsgesetz, dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, dem Deutschen Richtergesetz, der Bundesrechtsanwaltsordnung, der Patentanwaltsordnung, der Wirtschaftsprüferordnung und dem Steuerberatungsgesetz.

V. Die übrigen Senate

1. Kartellsenat

Der Kartellsenat ist kraft Gesetzes für die Entscheidungen über die in § 94 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen, in § 107 des Gesetzes über die Elektrizitäts- und Gasversorgung und in § 35 Absatz 4 des Gesetzes

zur Demonstration der dauerhaften Speicherung von Kohlendioxid (Kohlendioxid-Speicherungsgesetz – KSpG) aufgeführten Rechtsmittel sowie über sonstige Beschwerden gegen Entscheidungen der Oberlandesgerichte in Kartellsachen zuständig. Ferner ist der Kartellsenat zuständig für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten, die sich aus § 33 KSpG sowie den aufgrund dieser Vorschrift erlassenen Rechtsverordnungen ergeben.

2. Dienstgericht des Bundes

Das Dienstgericht des Bundes ist kraft Gesetzes in denjenigen Angelegenheiten von Richtern, Mitgliedern des Bundesrechnungshofes und der Landesrechnungshöfe, Staatsanwälten sowie Bundes- und Landesanwälten zuständig, die ihm durch das Deutsche Richtergesetz oder weitere Gesetze übertragen sind.

3. Senat für Notarsachen

Der Senat für Notarsachen ist kraft Gesetzes für diejenigen Angelegenheiten zuständig, die in der Bundesnotarordnung dem Bundesgerichtshof zugewiesen sind, mit Ausnahme der Entscheidungen nach § 108 Absatz 2 in Verbindung mit § 104 Absatz 2 Satz 2 BNotO, für die der I. Zivilsenat zuständig ist.

4. Senat für Anwaltssachen

Der Senat für Anwaltssachen ist kraft Gesetzes für diejenigen Angelegenheiten zuständig, die in der Bundesrechtsanwaltsordnung dem Bundesgerichtshof zugewiesen sind, mit Ausnahme der Entscheidungen nach § 109 BRAO, für die der III. Zivilsenat zuständig ist.

5. Senat für Patentanwaltssachen

Der Senat für Patentanwaltssachen ist kraft Gesetzes für diejenigen Angelegenheiten zuständig, die in der Patentanwaltsordnung dem Bundesgerichtshof zugewiesen sind, mit Ausnahme der Entscheidungen nach § 93 Absatz 3 der Patentanwaltsordnung, für die der III. Zivilsenat zuständig ist.

6. Senat für Landwirtschaftssachen

Der Senat für Landwirtschaftssachen ist kraft Gesetzes für diejenigen Sachen zuständig, die in dem Gesetz über das gerichtliche Verfahren in Landwirtschaftssachen dem Bundesgerichtshof zugewiesen sind, mit Ausnahme der Entscheidungen nach § 7 Absatz 2 LwVG, für die der I. Zivilsenat zuständig ist.

7. Senat für Wirtschaftsprüfersachen

Der Senat für Wirtschaftsprüfersachen ist kraft Gesetzes für diejenigen Angelegenheiten zuständig, die in der Wirtschaftsprüferordnung dem Bundesgerichtshof zugewiesen sind, mit Ausnahme der Entscheidungen nach § 77 Absatz 2 der Wirtschaftsprüferordnung, für die der III. Zivilsenat zuständig ist.

8. Senat für Steuerberater- und Steuerbevollmächtigtensachen

Der Senat für Steuerberater- und Steuerbevollmächtigtensachen ist kraft Gesetzes für diejenigen Angelegenheiten zuständig, die in dem Steuerberatungsgesetz dem Bundesgerichtshof zugewiesen sind, mit Ausnahme der Entscheidungen nach § 101 Absatz 2 des Steuerberatungsgesetzes, für die der III. Zivilsenat zuständig ist.

VI. Schlussbestimmungen zur Geschäftsverteilung

1. a) Erachtet ein Strafsenat in einer bei ihm anhängigen Sache einstimmig, dass sie nach den Bestimmungen dieses Geschäftsverteilungsplans vor einen anderen bestimmten Strafsenat gehöre, so ist sie dorthin abzugeben. Der Abgabebeschluss ist für den Strafsenat, an den die Sache verwiesen ist, nur bindend, wenn dieser vorher angehört worden ist und zwischen dem Eingang der Antragsschrift des Generalbundesanwalts bei dem abgebenden Strafsenat und dem Eingang von dessen Übernahmeersuchen bei dem ersuchten Senat nicht mehr als drei Monate vergangen sind, jedenfalls aber nicht mehr nach Beginn der Hauptverhandlung in dieser Sache. In Strafsachen findet eine Abgabe nicht statt, wenn nach Eingang der Sache beim Senat dessen Spezialzuständigkeit durch eine Prozesshandlung nachträglich entfällt.
- b) Soweit kein Fall des Buchstaben a vorliegt, gilt folgende Regelung: Erachtet ein Senat vor Anberaumung eines Termins zur mündlichen Verhandlung einer bei ihm anhängig gemachten Sache einstimmig, dass sie nach der Art des anzuwendenden Rechts vor einen anderen bestimmten Senat gehöre, so ist sie dorthin abzugeben, falls nicht die Abgabe aus besonderen Gründen unzumutbar erscheint. Der Abgabebeschluss ist für den Senat, an den die Sache verwiesen ist, nur bindend, wenn dieser vorher angehört worden ist und zwischen dem Eingang der Rechtsmittelbegründung und dem Übernahmeersuchen nicht mehr als sechs Monate vergangen sind.
2. a) Kommen für den in der Revisionsinstanz noch streitigen Teil eines Rechtsstreits überwiegend Fragen aus einem Rechtsgebiet in Betracht, für das nicht der Senat, bei dem die Sache anhängig ist und vor den sie nach dem Geschäftsverteilungsplan gehört, sondern ein anderer Senat zuständig ist, so kann, wenn das aus besonderen Gründen zweckmäßig erscheint, die Sache an diesen Senat mit dessen Zustimmung abgegeben werden.
- b) Bei Strafsachen, die zur Spezialzuständigkeit mehrerer Senate gehören, haben Staatsschutzsachen, Außenwirtschaftsstrafsachen, Steuer- und Zollstrafsachen sowie Militärstrafsachen in dieser Reihenfolge Vorrang. Im Übrigen ist der speziell zuständige Senat mit der niedrigeren Ordnungsziffer vorrangig zuständig; insoweit bleiben eine Spezialzuständigkeit begründende Vergehen neben eine Spezialzuständigkeit begründenden Verbrechen unberücksichtigt.
- c) Strafsachen wegen Vollrausches werden von dem Senat bearbeitet, in dessen Spezialzuständigkeit die im Vollrausch begangene Tat fällt.

3. a) Gelangen Rechtsstreitigkeiten, in denen der Bundesgerichtshof bereits früher eine Entscheidung erlassen hat, erneut vor den Bundesgerichtshof, so gehören sie vor den Senat, der nach dieser Geschäftsverteilung zuständig ist.
b) Für Nichtigkeitsklagen gegen die Entscheidung eines Senats ist dessen Vertretersenat zuständig. Dasselbe gilt in Strafsachen, wenn in einem Wiederaufnahmeverfahren, das eine Entscheidung des Bundesgerichtshofs betrifft, der Wiederaufnahmeantrag für begründet erklärt und ein erneutes Verfahren vor dem Bundesgerichtshof angeordnet worden ist; Vertretersenat für den 5. Strafsenat ist insofern der 1. Strafsenat.
4. a) Für Vertragshilfesachen aus dem Vertragshilfegesetz vom 26. März 1952 ist jeweils derjenige Zivilsenat zuständig, zu dessen Rechtsgebiet die zu regulierende Verbindlichkeit gehört. Sind mehrere Verbindlichkeiten zu regulieren, so entscheidet die dem Betrage nach höchste Verbindlichkeit.
b) Für Rechtsstreitigkeiten über Vergleiche ist derjenige Senat zuständig, dem das Rechtsgebiet zugewiesen ist, auf das sich der Vergleich bezieht.
c) Für Rechtsstreitigkeiten aus den §§ 1, 2 des Gesetzes über Unterlassungsklagen bei Verbraucherrechts- und anderen Verstößen (Unterlassungsklagengesetz – UKlaG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. August 2002 (BGBl. I S. 3422) ist jeweils derjenige Zivilsenat zuständig, in dessen Rechtsgebiet die streitigen Regelungen fallen.
d) Für Rechtsstreitigkeiten über ungerechtfertigte Bereicherung ist der Senat zuständig, der für das zugrunde liegende Rechtsverhältnis im Falle seiner Wirksamkeit zuständig wäre oder (in zweiter Linie) dem das neben den §§ 812 ff. BGB anzuwendende Rechtsgebiet zugewiesen ist; bei Rechtsstreitigkeiten zwischen Hinterlegungsbeteiligten um die Freigabe des Hinterlegten ist für die Zuständigkeit das der Hinterlegung zugrunde liegende Rechtsverhältnis maßgebend.
e) Für Rechtsstreitigkeiten über Ansprüche auf Vorlegung von Sachen (§§ 809 bis 811 BGB) ist derjenige Senat zuständig, dem das Rechtsgebiet zugewiesen ist, auf das sich der Anspruch im Sinne von § 809 BGB oder das rechtliche Interesse im Sinne von § 810 BGB bezieht. Handelt es sich dabei um ein Rechtsgebiet, das keinem Senat zugewiesen ist, ist der V. Zivilsenat zuständig.
5. a) Über Rechtsmittel in Verfahren, auf die die Vorschriften des FamFG Anwendung finden und für die nicht der I. Zivilsenat (Nummer 11), der II. Zivilsenat (Nummern 3 und 4), der IV. Zivilsenat (Nummern 4 und 5), der V. Zivilsenat (Nummern 2 und 3), der VI. Zivilsenat (Nummern 6 und 7), der XI. Zivilsenat (Nummer 3), der XII. Zivilsenat (Nummer 1 Buchstabe b und Nummer 2) oder der 3. Strafsenat (Nummer 7) zuständig ist einschließlich der Rechtsbeschwerden nach § 129 GNotKG und § 156 KostO, entscheidet der Senat, der für das Rechtsgebiet zuständig ist, aus dem die Angelegenheit hervorgeht. Rührt die Angelegenheit aus einem Rechtsgebiet her, das keinem Senat zugewiesen ist, ist der V. Zivilsenat zuständig.
b) Für Verfahren, auf die gemäß Artikel 111 des Gesetzes zur Reform des Verfahrens in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2586) das bis zum 31. August 2009 geltende Recht anzuwenden ist, ist der Senat zuständig, der nach dem am 31. Dezember 2009 geltenden Geschäftsverteilungsplan zuständig gewesen wäre.
6. Vorlegungssachen und Rechtsbeschwerden nach § 79 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten sind im Hinblick auf die Geschäftsverteilung wie Revisionen zu behandeln. In Bußgeldsachen entscheidet der jeweils zuständige Strafsenat als „... Senat für Bußgeldsachen“ (§ 46 Absatz 7 OWiG).
7. Strafsachen, in denen ein Senat eine Entscheidung erlassen hat und die nochmals an den Bundesgerichtshof gelangen, werden wieder von diesem Senat bearbeitet, selbst wenn der Geschäftsverteilungsplan inzwischen geändert worden ist, es sei denn, es greift eine Spezialzuständigkeit ein. Diese Regelung gilt nicht im Falle der Zurückverweisung der Sache an einen anderen Senat des Bundesgerichtshofs.
8. Wird der Bundesgerichtshof gemäß § 82 Absatz 4 Satz 2 BVerfGG ersucht, seine Erwägungen zu einer für die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts erheblichen Rechtsfrage darzulegen, so sind jeweils diejenigen Senate zur Stellungnahme berufen, deren im Geschäftsverteilungsplan ausgewiesener Zuständigkeitsbereich durch die Rechtsfrage berührt wird. Ergibt sich nach dem Geschäftsverteilungsplan keine besondere Zuständigkeit eines oder einzelner Senate, so sind – je nach Art der Rechtsfrage – alle Zivil- oder Strafsenate oder auch sämtliche Senate zur Stellungnahme berufen. Die Stellungnahmen werden von der Präsidentin des Bundesgerichtshofs gesammelt und dem Bundesverfassungsgericht übersandt.
9. Rechtsstreitigkeiten in Zivilsachen, für welche mit der Vollendung der Einheit Deutschlands der Bundesgerichtshof zuständig geworden ist, sind dem Senat zugewiesen, der bisher für Angelegenheiten dieser oder vergleichbarer Art zuständig ist.
10. Über Rechtsmittel in zivilrechtlichen Kostensachen entscheidet der Senat, der für die Entscheidung in der Hauptsache oder sonst für den die Kosten auslösenden Vorgang zuständig wäre.
11. Soweit durch diesen Geschäftsverteilungsplan Zuständigkeiten geändert und Geschäfte einem anderen Senat zugewiesen worden sind, gelten seine Regelungen nur für neu eingehende Verfahren.

B. Besetzung der Senate und der Ermittlungsrichterstellen

I. Zivilsenate

I. Zivilsenat

Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof	Prof. Dr. Koch	
Richter am Bundesgerichtshof	Prof. Dr. Schaffert	(stv. Vorsitzender)
Richter am Bundesgerichtshof	Prof. Dr. Kirchhoff	(außerdem Kartellsenat)
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Löffler	
Richterin am Bundesgerichtshof	Dr. Schwonke	(Vertreterin in zwei Spezialsenaten)
Richter am Bundesgerichtshof	Feddersen	(Vertreter in einem Spezialsenat)
Richterin am Bundesgerichtshof	Dr. Schmaltz	
Richterin am Bundesgerichtshof	Pohl	

II. Zivilsenat

Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof	Prof. Dr. Drescher	
Richter am Bundesgerichtshof	Born	(stv. Vorsitzender)
Richter am Bundesgerichtshof	Wöstmann	(außerdem Senat für Anwaltssachen)
Richter am Bundesgerichtshof	Sunder	(außerdem Kartellsenat)
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Bernau	
Richterin am Bundesgerichtshof	B. Grüneberg	
Richter am Bundesgerichtshof	V. Sander	
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. von Selle	

III. Zivilsenat

Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Herrmann	(außerdem Senat für Notarsachen)
Richter am Bundesgerichtshof	Seiters	(stv. Vorsitzender; außerdem Senat für Anwaltssachen)
Richter am Bundesgerichtshof	Tombrink	(außerdem Senat für Notarsachen)
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Remmert	(außerdem Senat für Anwaltssachen)
Richter am Bundesgerichtshof	Reiter	
Richterin am Bundesgerichtshof	Dr. Liebert	
Richterin am Bundesgerichtshof	Dr. Arend	(in erster Linie Ermittlungsrichter VI)
Richterin am Bundesgerichtshof	Dr. Böttcher	

IV. Zivilsenat

Vorsitzende Richterin am Bundesgerichtshof	Mayen	(außerdem Dienstgericht des Bundes)
Richter am Bundesgerichtshof	Felsch	(stv. Vorsitzender)
Richterin am Bundesgerichtshof	Harsdorf-Gebhardt	(außerdem Dienstgericht des Bundes)
Richter am Bundesgerichtshof	Prof. Dr. Karczewski	(außerdem Dienstgericht des Bundes)
Richter am Bundesgerichtshof	Lehmann	
Richterin am Bundesgerichtshof	Dr. Brockmüller	
Richterin am Bundesgerichtshof	Dr. Bußmann	(außerdem Senat für Patentanwaltssachen)
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Götz	

V. Zivilsenat

Vorsitzende Richterin am Bundesgerichtshof	Dr. Stresemann	(außerdem Senat für Landwirtschafts- sachen und Dienstgericht des Bundes)
Richterin am Bundesgerichtshof	Prof. Dr. Schmidt-Räntsch	(stv. Vorsitzende; Vertreterin in zwei Spezialsenaten)
Richterin am Bundesgerichtshof	Dr. Brückner	(außerdem Senat für Landwirtschafts- sachen; Vertreterin in einem Spezialsenat)
Richterin am Bundesgerichtshof	Weinland	
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Kazele	(Vertreter in einem Spezialsenat)
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Göbel	(außerdem Senat für Landwirtschafts- sachen)
Richterin am Bundesgerichtshof	Haberkamp	
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Hamdorf	(Vertreter in einem Spezialsenat)

VI. Zivilsenat

Vorsitzende/r Richter/in am Bundesgerichtshof	NN	
Richterin am Bundesgerichtshof	von Pentz	(stv. Vorsitzende; außerdem Senat für Notarsachen)
Richter am Bundesgerichtshof	Wellner	(Vertreter in einem Spezialsenat)
Richter am Bundesgerichtshof	Offenloch	(außerdem Senat für Notarsachen)
Richterin am Bundesgerichtshof	Dr. Oehler	(Vertreterin in einem Spezialsenat)
Richterin am Bundesgerichtshof	Dr. Roloff	(außerdem Senat für Notarsachen)
Richterin am Bundesgerichtshof	Müller	(außerdem Senat für Notarsachen)
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Klein	
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Allgayer	

VII. Zivilsenat

Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof	Pamp	
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Kartzke	(stv. Vorsitzender)
Richter am Bundesgerichtshof	Halfmeier	
Richter am Bundesgerichtshof	Prof. Dr. Jurgeleit	
Richterin am Bundesgerichtshof	Graßnack	(außerdem Senat für Patentanwaltssachen)
Richterin am Bundesgerichtshof	Sacher	(Vertreterin in einem Spezialsenat)
Richterin am Bundesgerichtshof	Borris	
Richterin am Bundesgerichtshof	Dr. Brenneisen	

VIII. Zivilsenat

Vorsitzende Richterin am Bundesgerichtshof	Dr. Milger	
Richterin am Bundesgerichtshof	Dr. Fetzer	(stv. Vorsitzende; Vertreterin der Präsidialrichterin)
Richterin am Bundesgerichtshof	Dr. Hessel	
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. B. Schneider	
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Bünger	
Richter am Bundesgerichtshof	Kosziol	
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. K. Schmidt	

IX. Zivilsenat

Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof	Prof. Dr. Kayser	(außerdem Senat für Anwaltssachen und Senat für Patentanwaltssachen)
Richter am Bundesgerichtshof	Grupp	(stv. Vorsitzender; Vertreter in einem Spezialsenat)
Richter am Bundesgerichtshof	Prof. Dr. Gehrlein	
Richterin am Bundesgerichtshof	Lohmann	(außerdem Senat für Anwaltssachen)
Richter am Bundesgerichtshof	Prof. Dr. Pape	
Richterin am Bundesgerichtshof	Möhring	
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Schoppmeyer	(außerdem Kartellsenat)
Richter am Bundesgerichtshof	Röhl	

X. Zivilsenat

Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof	Prof. Dr. Meier-Beck	(außerdem Kartellsenat)
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Bacher	(stv. Vorsitzender; außerdem Kartellsenat)
Richter am Bundesgerichtshof	Gröning	
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Grabinski	(außerdem Senat für Patentanwaltssachen)
Richter am Bundesgerichtshof	Hoffmann	
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Deichfuß	(außerdem Kartellsenat)
Richterin am Bundesgerichtshof	Dr. Kober-Dehm	(Vertreterin in einem Spezialsenat)
Richterin am Bundesgerichtshof	Dr. Marx	

XI. Zivilsenat

Vizepräsident des Bundesgerichtshofs	Prof. Dr. Ellenberger	
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Joeres	(stv. Vorsitzender)
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. C. Grüneberg	

Richter am Bundesgerichtshof	Maihold	
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Matthias	
Richterin am Bundesgerichtshof	Dr. Menges	(außerdem Dienstgericht des Bundes)
Richterin am Bundesgerichtshof	Dr. Derstadt	
Richterin am Bundesgerichtshof	Dr. Dauber	(außerdem Präsidialrichterin)
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Tolkmitt	

XII. Zivilsenat

Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof	Dose	(außerdem Dienstgericht des Bundes)
Richter am Bundesgerichtshof	Prof. Dr. Klinkhammer	(stv. Vorsitzender)
Richter am Bundesgerichtshof	Schilling	
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Günter	
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Nedden-Boeger	
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Botur	
Richter am Bundesgerichtshof	Guhling	(Vertreter in einem Spezialsenat)
Richterin am Bundesgerichtshof	Dr. Krüger	

II. Strafsenate

1. Strafsenat

Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Raum	(außerdem Kartellsenat)
Richter am Bundesgerichtshof	Prof. Dr. Jäger	(stv. Vorsitzender; außerdem Senat für Wirtschaftsprüfersachen, Senat für Steuerberater- und Steuerbevollmächtigten-sachen)

Richter am Bundesgerichtshof	Bellay	
Richterin am Bundesgerichtshof	Cirener	
Richterin am Bundesgerichtshof	Dr. Fischer	
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Bär	(in erster Linie Ermittlungsrichter IV)
Richterin am Bundesgerichtshof	Dr. Hohoff	
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Leplow	
Richterin am Bundesgerichtshof	Dr. Pernice	

2. Strafsenat

Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Franke	
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Appl	(stv. Vorsitzender)
Richter am Bundesgerichtshof	Prof. Dr. Krehl	
Richter am Bundesgerichtshof	Prof. Dr. Eschelbach	
Richter am Bundesgerichtshof	Zeng	
Richter am Bundesgerichtshof	Meyberg	
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Grube	
Richter am Bundesgerichtshof	W. Schmidt	(in erster Linie Ermittlungsrichter III)
Richter am Bundesgerichtshof	Wenske	(in erster Linie Ermittlungsrichter I)

3. Strafsenat

Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Schäfer	
Richter am Bundesgerichtshof	Gericke	(stv. Vorsitzender; außerdem Dienstgericht des Bundes)
Richterin am Bundesgerichtshof	Dr. Spaniol	
Richterin am Bundesgerichtshof	Wimmer	
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Tiemann	
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Berg	(Vertreter in einem Spezialsenat)
Richter am Bundesgerichtshof	Hoch	

4. Strafsenat

Vorsitzende Richterin am Bundesgerichtshof	Sost-Scheible	(außerdem Senat für Anwaltssachen in Verfahren, die die Zulassung nach den §§ 164 ff. BRAO betreffen)
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Quentin	(stv. Vorsitzender)

Richterin am Bundesgerichtshof	Roggenbuck	
Richter am Bundesgerichtshof	Cierniak	
Richter am Bundesgerichtshof	Bender	
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Feilcke	
Richterin am Bundesgerichtshof	Dr. Bartel	(in erster Linie Ermittlungsrichter V)
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Paul	(in erster Linie Ermittlungsrichter II)

5. Strafsenat

Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Mutzbauer	(außerdem Senat für Wirtschaftsprüfersachen, Senat für Steuerberater- und Steuerbevollmächtigtensachen (stv. Vorsitzender))
Richter am Bundesgerichtshof	Prof. Dr. G. Sander	
Richterin am Bundesgerichtshof	Dr. U. Schneider	
Richter am Bundesgerichtshof	Prof. Dr. König	(Vertreter in zwei Spezialsenaten)
Richter am Bundesgerichtshof	Dr. Berger	(Vertreter in zwei Spezialsenaten)
Richter am Bundesgerichtshof	Prof. Dr. Mosbacher	(außerdem Senat für Wirtschaftsprüfersachen, Senat für Steuerberater- und Steuerbevollmächtigtensachen)
Richter am Bundesgerichtshof	Köhler	

III. Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs

1. Planmäßige Ermittlungsrichter

- a) Ermittlungsrichter I Richter am Bundesgerichtshof Wenske (außerdem 2. Strafsenat)
 Vertreter:
 Ermittlungsrichter III Richter am Bundesgerichtshof W. Schmidt (außerdem 2. Strafsenat)
 Ermittlungsrichter IV Richter am Bundesgerichtshof Dr. Bär (außerdem 1. Strafsenat)
- b) Ermittlungsrichter II Richter am Bundesgerichtshof Dr. Paul (außerdem 4. Strafsenat)
 Vertreter:
 Ermittlungsrichter V Richterin am Bundesgerichtshof Dr. Bartel (außerdem 4. Strafsenat)
 Ermittlungsrichter VI Richterin am Bundesgerichtshof Dr. Arend (außerdem III. Zivilsenat)

Die vorstehende Vertretungsregelung zu B. III. 1. b) gilt mit der Maßgabe, dass für jeden zweiten Antrag aus dem Zuständigkeitsbereich des Ermittlungsrichters V betreffend einen Beschuldigten, für den an demselben Tag noch kein anderer Antrag eingegangen ist, der Ermittlungsrichter VI zuständig ist.

2. Bereitschaftsdienst der Ermittlungsrichter

Am Bereitschaftsdienst der Ermittlungsrichter (B VI 2 f) nehmen teil:

der Ermittlungsrichter I

der Ermittlungsrichter II

Richterin am Bundesgerichtshof Dr. Krüger (XII. Zivilsenat)

Richter am Bundesgerichtshof Dr. Allgayer (VI. Zivilsenat)

Richter am Bundesgerichtshof Meyberg (2. Strafsenat)

Richterin am Bundesgerichtshof Dr. Hohoff (1. Strafsenat)

Richterin am Bundesgerichtshof Dr. Brenneisen (VII. Zivilsenat)

Richterin am Bundesgerichtshof Dr. Pernice (1. Strafsenat)

Richter am Bundesgerichtshof Röhl (IX. Zivilsenat)

Richterin am Bundesgerichtshof Dr. Schmaltz (I. Zivilsenat)

Richter am Bundesgerichtshof Dr. Klein (VI. Zivilsenat)

Richter am Bundesgerichtshof Dr. Leplow (1. Strafsenat)

IV. Große Senate

1. Großer Senat für Zivilsachen

Vorsitzende

(kraft Gesetzes): Präsidentin des Bundesgerichtshofs Limperg

Mitglieder:

I. Zivilsenat: Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof Prof. Dr. Koch

Vertreter: Richter am Bundesgerichtshof Prof. Dr. Schaffert

II. Zivilsenat: Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof Prof. Dr. Drescher

Vertreter: Richter am Bundesgerichtshof Born

- III. Zivilsenat: Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof Dr. Herrmann
Vertreter: Richter am Bundesgerichtshof Seiders
- IV. Zivilsenat: Vorsitzende Richterin am Bundesgerichtshof Mayen
Vertreter: Richter am Bundesgerichtshof Felsch
- V. Zivilsenat: Vorsitzende Richterin am Bundesgerichtshof Dr. Stresemann
Vertreterin: Richterin am Bundesgerichtshof Prof. Dr. Schmidt-Räntsch
- VI. Zivilsenat: Vorsitzende/r Richter/in am Bundesgerichtshof NN
Vertreter: Richter am Bundesgerichtshof Wellner
- VII. Zivilsenat: Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof Pamp
Vertreter: Richter am Bundesgerichtshof Halfmeier
- VIII. Zivilsenat: Vorsitzende Richterin am Bundesgerichtshof Dr. Milger
Vertreterin: Richterin am Bundesgerichtshof Dr. Fetzer
- IX. Zivilsenat: Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof Prof. Dr. Kayser
Vertreter: Richter am Bundesgerichtshof Grupp
- X. Zivilsenat: Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof Prof. Dr. Meier-Beck
Vertreter: Richter am Bundesgerichtshof Gröning
- XI. Zivilsenat: Vizepräsident des Bundesgerichtshofs Prof. Dr. Ellenberger
Vertreter: Richter am Bundesgerichtshof Dr. Joeres
- XII. Zivilsenat: Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof Dose
Vertreter: Richter am Bundesgerichtshof Schilling

2. Großer Senat für Strafsachen

Vorsitzende

(kraft Gesetzes): Präsidentin des Bundesgerichtshofs Limperg

Mitglieder:

- 1. Strafsenat: Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof Dr. Raum
Richterin am Bundesgerichtshof Cirener
Vertreter (in dieser Reihenfolge):
1. Richter am Bundesgerichtshof Prof. Dr. Jäger
2. Richter am Bundesgerichtshof Bellay
- 2. Strafsenat: Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof Dr. Franke
Richter am Bundesgerichtshof Prof. Dr. Krehl
Vertreter:
1. Richter am Bundesgerichtshof Prof. Dr. Eschelbach
2. Richter am Bundesgerichtshof Zeng
- 3. Strafsenat: Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof Dr. Schäfer
Richter am Bundesgerichtshof Gericke
Vertreter:
1. Richterin am Bundesgerichtshof Dr. Spaniol
2. Richter am Bundesgerichtshof Dr. Tiemann
- 4. Strafsenat: Richter am Bundesgerichtshof Bender
Richter am Bundesgerichtshof Dr. Quentin
Vertreter:
1. Richterin am Bundesgerichtshof Dr. Bartel
2. Richter am Bundesgerichtshof Dr. Feilcke
- 5. Strafsenat: Richterin am Bundesgerichtshof Dr. U. Schneider
Richter am Bundesgerichtshof Prof. Dr. Mosbacher
Vertreter:
1. Richter am Bundesgerichtshof Prof. Dr. G. Sander
2. Richter am Bundesgerichtshof Dr. Berger

3. Mitglieder anderer Senate

- Kartellsenat: Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof Prof. Dr. Meier-Beck
Vertreter: Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof Dr. Raum
- Dienstgericht des Bundes: Vorsitzende Richterin am Bundesgerichtshof Mayen
Vertreterin: Richterin am Bundesgerichtshof Dr. Menges
- Senat für Notarsachen: Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof Dr. Herrmann
Vertreter: Richter am Bundesgerichtshof Offenloch

Senat für Anwaltssachen:	Richterin am Bundesgerichtshof Lohmann Vertreter: Richter am Bundesgerichtshof Seitzers
Senat für Patentanwaltssachen:	Richter am Bundesgerichtshof Dr. Grabinski Vertreterin: Richterin am Bundesgerichtshof Graßnack
Senat für Landwirtschaftssachen:	Richterin am Bundesgerichtshof Dr. Brückner Vertreter: Richter am Bundesgerichtshof Dr. Göbel
Senat für Wirtschaftsprüfersachen:	Richter am Bundesgerichtshof Prof. Dr. Jäger Vertreter: Richter am Bundesgerichtshof Prof. Dr. Mosbacher
Senat für Steuerberater- und Steuerbevollmächtigtenachen:	Richter am Bundesgerichtshof Prof. Dr. Jäger Vertreter: Richter am Bundesgerichtshof Prof. Dr. Mosbacher

4. Vertretung in den Großen Senaten

Ist auch der namentlich benannte Vertreter des zu entsendenden Richters verhindert, so tritt ein anderes Mitglied des beteiligten Senats jeweils in der Reihenfolge des Dienstalters in den jeweiligen Großen Senat ein.

Ist ein Richter als Mitglied für zwei verschiedene Senate berufen, so wirkt er als Mitglied desjenigen Senats mit, der in der obigen Reihenfolge als erster aufgeführt ist.

V. Die übrigen Senate

1. Kartellsenat

Vorsitzende:	Präsidentin des Bundesgerichtshofs Limperg
Beisitzende Mitglieder:	Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof Prof. Dr. Meier-Beck (stv. Vorsitzender, X. ZS) Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof Dr. Raum (1. StS) Richter am Bundesgerichtshof Prof. Dr. Kirchhoff (I. ZS) Richter am Bundesgerichtshof Dr. Bacher (X. ZS) Richter am Bundesgerichtshof Sunder (II. ZS) Richter am Bundesgerichtshof Dr. Deichfuß (X. ZS) Richter am Bundesgerichtshof Dr. Schoppmeyer (IX. ZS)

2. Dienstgericht des Bundes

Besetzung für die Zeit vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2021

Vorsitzende:	Vorsitzende Richterin am Bundesgerichtshof Mayen (IV. ZS)
Stellvertretende Vorsitzende:	Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof Dose (XII. ZS) Vorsitzende Richterin am Bundesgerichtshof Dr. Stresemann (V. ZS)
ständige Beisitzer:	Richterin am Bundesgerichtshof Dr. Menges (XI. ZS) Richter am Bundesgerichtshof Prof. Dr. Karczewski (IV. ZS)
Vertreter der ständigen Beisitzer:	Richter am Bundesgerichtshof Guhling (XII. ZS) Richter am Bundesgerichtshof Dr. Hamdorf (V. ZS) Richterin am Bundesgerichtshof Sacher (VII. ZS)

nicht ständige Beisitzer:

a) Mitglieder des Bundesgerichtshofs

Beisitzer:	Richterin am Bundesgerichtshof Harsdorf-Gebhardt (IV. ZS) Richter am Bundesgerichtshof Gericke (3. StS)
Vertreter:	Richterin am Bundesgerichtshof Dr. Brückner (V. ZS) Richterin am Bundesgerichtshof Dr. Schwonke (I. ZS) Richter am Bundesgerichtshof Feddersen (I. ZS)

b) Mitglieder des Bundesverwaltungsgerichts

Beisitzer:	Richter am Bundesverwaltungsgericht Dr. von der Weiden Richter am Bundesverwaltungsgericht Dr. Hartung
Vertreter:	Richter am Bundesverwaltungsgericht Prof. Dr. Burmeister Richterin am Bundesverwaltungsgericht Dr. Eppelt

c) Mitglieder des Bundesfinanzhofs

Beisitzer:	Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof Prof. Dr. Schneider
Vertreter:	Richterin am Bundesfinanzhof Hübner Richter am Bundesfinanzhof Dr. Brandis Richter am Bundesfinanzhof Prof. Dr. Loose Richterin am Bundesfinanzhof Köhler
Beisitzer:	Vorsitzende Richterin am Bundesfinanzhof Prof. Dr. Jachmann-Michel
Vertreter:	Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof Prof. Dr. Jatzke Richter am Bundesfinanzhof Dr. Geserich Richter am Bundesfinanzhof Prof. Dr. Nöcker Richter am Bundesfinanzhof Stutzmann

d) Mitglieder des Bundesarbeitsgerichts

Beisitzer:	Richter am Bundesarbeitsgericht Reinfelder Richter am Bundesarbeitsgericht Prof. Dr. Spinner
Vertreterinnen:	Vorsitzende Richterin am Bundesarbeitsgericht Spelge Richterin am Bundesarbeitsgericht Rachor

e) Mitglieder des Bundessozialgerichts

Beisitzer:	Richterin am Bundessozialgericht Dr. Düring Richterin am Bundessozialgericht Behrend
Vertreter:	Richter am Bundessozialgericht Karmanski Richter am Bundessozialgericht Dr. Kaltenstein

f) Mitglieder des Bundesrechnungshofs

Beisitzer:	Direktorin beim Bundesrechnungshof Bur Ministerialrätin als Mitglied des Bundesrechnungshofs Götsch
Vertreter:	Ministerialrätin als Mitglied des Bundesrechnungshofs Schneider Direktor beim Bundesrechnungshof Klostermann Ministerialrat als Mitglied des Bundesrechnungshofs Rudolph

3. Senat für Notarsachen

Besetzung für die Zeit vom 1. Januar 2016 bis 31. Dezember 2020 (§ 107 BNotO)

Vorsitzender:	Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof Dr. Herrmann (III. ZS)
Beisitzende Mitglieder des Bundesgerichtshofs:	Richter am Bundesgerichtshof Offenloch (stv. Vorsitzender, VI. ZS) Richterin am Bundesgerichtshof von Pentz (VI. ZS) Richterin am Bundesgerichtshof Dr. Roloff (VI. ZS) Richterin am Bundesgerichtshof Müller (VI. ZS) Richter am Bundesgerichtshof Tombrink (III. ZS)
Vertreter:	Richter am Bundesgerichtshof Wellner (VI. ZS) Richter am Bundesgerichtshof Dr. Appl (2. StS) Richterin am Bundesgerichtshof Prof. Dr. Schmidt-Räntsch (V. ZS)
Ehrenamtliche Beisitzer:	Rechtsanwalt und Notar Dr. Strzyz Rechtsanwalt und Notar Müller-Eising Notar Dr. Frank Notarin Dr. Brose-Preuß Notar Dr. Hahn

4. Senat für Anwaltssachen

Vorsitzende (kraft Gesetzes):	Präsidentin des Bundesgerichtshofs Limperg
Stellvertretender Vorsitzender:	Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof Prof. Dr. Kayser (IX. ZS)
Beisitzende Mitglieder des Bundesgerichtshofs:	Vorsitzende Richterin am Bundesgerichtshof Sost-Scheible (4. StS; nur in Verfahren, die die Zulassung nach den §§ 164 ff. BRAO betreffen) Richterin am Bundesgerichtshof Lohmann (IX. ZS) Richter am Bundesgerichtshof Wöstmann (II. ZS) Richter am Bundesgerichtshof Seiters (III. ZS) Richter am Bundesgerichtshof Dr. Remmert (III. ZS) Richter am Bundesgerichtshof Dr. Paul (4. StS)

Vertreter:	Richter am Bundesgerichtshof Grupp (IX. ZS) Richter am Bundesgerichtshof Dr. Deichfuß (X. ZS) Richterin am Bundesgerichtshof Dr. Oehler (VI. ZS)
Ehrenamtliche Beisitzer:	Rechtsanwalt Dr. Kau Rechtsanwalt Dr. Lauer Rechtsanwalt Prof. Dr. Schmittmann Rechtsanwältin Schäfer Rechtsanwältin Merk Rechtsanwalt Dr. Wolf

5. Senat für Patentanwaltssachen

Vorsitzender:	Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof Prof. Dr. Kayser (IX. ZS)
Stellvertretender Vorsitzender:	Richter am Bundesgerichtshof Dr. Grabinski (X. ZS)
Beisitzende Mitglieder des Bundesgerichtshofs:	Richterin am Bundesgerichtshof Graßnack (VII. ZS) Richterin am Bundesgerichtshof Dr. Bußmann (IV. ZS)
Vertreter:	Richterin am Bundesgerichtshof Dr. Kober-Dehm (X. ZS) Richterin am Bundesgerichtshof Dr. Schwonke (I. ZS) Richter am Bundesgerichtshof Dr. Berg (3. StS)
Ehrenamtliche Beisitzer:	Patentanwalt Dipl.-Ing. Lasch Patentanwalt Dipl.-Ing. Thielmann Patentanwalt Dipl.-Phys. Dr. rer. nat. Herzog Patentanwalt Dipl.-Phys. von Rohr Patentanwalt Dipl.-Wirtsch.-Ing. Fritsche

6. Senat für Landwirtschaftssachen

Vorsitzende:	Vorsitzende Richterin am Bundesgerichtshof Dr. Stresemann (V. ZS)
Beisitzende Mitglieder des Bundesgerichtshofs:	Richterin am Bundesgerichtshof Dr. Brückner (stv. Vorsitzende, V. ZS) Richter am Bundesgerichtshof Dr. Göbel (V. ZS)
Vertreter:	Richter am Bundesgerichtshof Dr. Kazele (V. ZS) Richterin am Bundesgerichtshof Prof. Dr. Schmidt-Räntsch (V. ZS)
Ehrenamtliche Beisitzer:	Diplomlandwirt Rukwied Landwirt Obster Landwirt Siebers Landwirt Köhler Diplom-Agraringenieur Beer Landwirt Kees Diplomlandwirt Karle Landwirt Stapelfeldt

7. Senat für Wirtschaftsprüfersachen

Vorsitzender:	Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof Dr. Mutzbauer (5. StS)
Beisitzende Mitglieder des Bundesgerichtshofs:	Richter am Bundesgerichtshof Prof. Dr. Jäger (stv. Vorsitzender, 1. StS) Richter am Bundesgerichtshof Prof. Dr. Mosbacher (5. StS)
Vertreter:	Richter am Bundesgerichtshof Prof. Dr. König (5. StS) Richter am Bundesgerichtshof Dr. Berger (5. StS)
Ehrenamtliche Beisitzer:	Wirtschaftsprüferin Vieler Wirtschaftsprüfer Dr. Helmert Wirtschaftsprüfer Hentschel Wirtschaftsprüfer Dr. Aicher Vereidigter Buchprüfer Plankermann

8. Senat für Steuerberater- und Steuerbevollmächtigtensachen

Vorsitzender:	Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof Dr. Mutzbauer (5. StS)
Beisitzende Mitglieder des Bundesgerichtshofs:	Richter am Bundesgerichtshof Prof. Dr. Jäger (stv. Vorsitzender, 1. StS) Richter am Bundesgerichtshof Prof. Dr. Mosbacher (5. StS)
Vertreter:	Richter am Bundesgerichtshof Prof. Dr. König (5. StS) Richter am Bundesgerichtshof Dr. Berger (5. StS)

Ehrenamtliche Beisitzer:
Steuerberater Pflanzner
Steuerberaterin Burmann
Steuerberater von Buchwaldt
Steuerberater Dr. Große-Hokamp
Steuerberaterin Warttinger

VI. Vorrang der Aufgaben und Vertretung

1. Vorrang der Aufgaben

- a) Die Anforderung des Gemeinsamen Senats der obersten Gerichtshöfe des Bundes, der Großen Senate, des Dienstgerichts des Bundes, des Kartellsenats, des Senats für Notarsachen, des Senats für Anwaltssachen (insoweit jedoch mit der Ausnahme, dass im Falle der Vertretung im Vorsitz eines allgemeinen Zivilsenats diese vorrangig ist), des Senats für Patentanwaltssachen, des Senats für Landwirtschaftssachen, des Senats für Wirtschaftsprüfersachen und des Senats für Steuerberater- und Steuerbevollmächtigtensachen geht in dieser Reihenfolge allen anderen Anforderungen vor.

Gehört ein Richter verschiedenen (allgemeinen) Zivilsenaten an, so geht seine Tätigkeit in dem Senat mit der geraden, hilfsweise mit der höheren Bezifferung vor.

Die Tätigkeit im III. Zivilsenat in Verfahren nach § 201 GVG hat Vorrang vor der Tätigkeit in einem Strafsenat.

- b) Die ermittlungsrichterlichen Aufgaben gehen anderen Aufgaben vor.

Das gilt nicht, wenn derjenige, der die ermittlungsrichterliche Aufgabe wahrzunehmen hätte, als Berichterstatter an einer mündlichen Verhandlung in Zivilsachen oder an einer Hauptverhandlung in Strafsachen beteiligt ist, für die Dauer der Verhandlung und einer sich anschließenden und am Verhandlungstag bis zur Verkündung einer Entscheidung andauernden Beratung in den Sachen, die Gegenstand der Verhandlung waren.

Der Vorrang der ermittlungsrichterlichen Aufgabe gilt auch dann nicht, wenn derjenige, der sie wahrzunehmen hätte, an einer mündlichen Verhandlung in Zivilsachen oder an einer Hauptverhandlung in Strafsachen beteiligt ist und ohne seine Beteiligung die mündliche Verhandlung nicht ohne erhebliche Verzögerung begonnen oder nicht ohne Unterbrechung zu Ende geführt werden könnte, für die Dauer der Verhandlung und einer sich anschließenden und am Verhandlungstag bis zur Verkündung einer Entscheidung andauernden Beratung in den Sachen, die Gegenstand der Verhandlung waren.

Der Vorrang der ermittlungsrichterlichen Aufgabe gilt ferner dann nicht, wenn und solange derjenige, der sie wahrzunehmen hätte, als Vorsitzender eines Strafsenats oder als Vertreter im 5. Strafsenat tätig sein muss.

- c) Die Mitwirkung im Präsidium, im Präsidialrat und im Unabhängigen Gremium gemäß § 16 des BND-Gesetzes geht anderen Aufgaben – mit Ausnahme der ermittlungsrichterlichen Aufgaben – vor.
- d) Die Wahrnehmung der Aufgaben des Präsidialrichters geht ebenfalls anderen Aufgaben vor. Das gilt nicht unter den Voraussetzungen, wie sie in Buchstabe b Absatz 2 und 3, Absatz 4 Fall 1 einschränkend auch für den Vorrang der ermittlungsrichterlichen Aufgaben vorgesehen sind.

2. Vertretung

- a) in den Zivilsenaten

aa) Es vertreten sich jeweils gegenseitig die Mitglieder des I. und des X. Zivilsenats, des II. und des XI. Zivilsenats, des III. und des VI. Zivilsenats, des IV. und des VIII. Zivilsenats, des V. und des VII. Zivilsenats sowie des IX. und des XII. Zivilsenats.

bb) Ist eine Vertretung nach Buchstabe aa nicht möglich, kann jeder Zivilsenat alle anderen Senate in ihrer nummernmäßigen Reihenfolge, beginnend mit der Nummer des dem vertretungsbedürftigen Senat nachfolgenden Senats, auf Gewährung eines Vertreters in Anspruch nehmen.

- b) in den Strafsenaten

aa) Die Vertretung in einem anderen Strafsenat geht der Tätigkeit im eigenen Strafsenat, die Vertretung im 5. Strafsenat geht auch einer sonstigen Vertretungstätigkeit vor, es sei denn, der eigene Strafsenat würde durch den Vertreterereinsatz seinerseits beschlussunfähig oder das zur Vertretung berufene Senatsmitglied hat im eigenen Strafsenat an einer zur Zeit der Anforderung des Vertreters terminierten Spruchsache mitzuwirken.

bb) Es vertreten sich jeweils gegenseitig die Mitglieder des 1. und des 3. Strafsenats sowie die Mitglieder des 2. und des 4. Strafsenats.

cc) Ist eine Vertretung nach Buchstabe bb nicht möglich, kann jeder der Strafsenate 1, 2, 3 und 4 jeden anderen dieser Senate in der nummernmäßigen Reihenfolge, beginnend mit der Nummer des dem vertretungsbedürftigen Senat nachfolgenden Senats, auf Gewährung eines Vertreters in Anspruch nehmen.

dd) Zur Vertretung der Mitglieder des 5. (Leipziger) Strafsenats sind – in dieser Reihenfolge – Richter am Bundesgerichtshof Hoch, Richterin am Bundesgerichtshof Roggenbuck, Richterin am Bundesgerichtshof Cirener und Richter am Bundesgerichtshof Prof. Dr. Eschelbach berufen. Nach einem Vertretungseinsatz tritt der namentlich benannte Vertreter an das Ende der Reihe. Sind sämtliche namentlich benannten Vertreter verhindert, sind die jeweils dienstjüngsten Mitglieder, sodann die jeweils nächstdienstjüngsten Mitglieder der Strafsenate 4, 1, 2 und 3 berufen. Eine Sitzungswoche beim 5. Strafsenat gilt als ein Vertretungseinsatz.

- ee) Die planmäßigen Ermittlungsrichter werden zur Vertretung in den Strafsenaten 1 bis 4, der Präsidialrichter/die Präsidialrichterin wird zur Vertretung in den Strafsenaten nicht herangezogen.
- c) in den übrigen Senaten
- aa) Die Mitglieder des Kartellsenats werden von den Mitgliedern des I. Zivilsenats vertreten.
 - bb) Weitere Vertreter der Mitglieder des Senats für Notarsachen sind die Mitglieder des III. Zivilsenats.
 - cc) Weitere Vertreter der Mitglieder des Senats für Anwaltssachen sind die Mitglieder des VII. Zivilsenats.
 - dd) Weitere Vertreter der Mitglieder des Senats für Landwirtschaftssachen sind die Mitglieder des V. Zivilsenats.
 - ee) Weitere Vertreter der Mitglieder der Senate für Wirtschaftsprüfersachen sowie für Steuerberater- und Steuerbevollmächtigtensachen sind die Mitglieder des 5. Strafsenats.
- d) Bestimmung der im Einzelfall zur Vertretung berufenen Senatsmitglieder
- Soweit ein Senat gemäß der vorstehenden Vertretungsregelung einen nicht bestimmt bezeichneten Vertreter zur Verfügung zu stellen hat, sind die dem Senat angehörenden Richter am Bundesgerichtshof in der Reihenfolge vom niedrigsten bis zum höchsten Dienstalter nacheinander zur Vertretung berufen. Ist der hiernach zur Vertretung berufene Richter am Bundesgerichtshof an der Vertretung verhindert, so tritt der im Dienstalter folgende Richter am Bundesgerichtshof für ihn ein.
- e) Vertretung der Ermittlungsrichter
- aa) Ist der nach B. III. 1. a) berufene Vertreter des Ermittlungsrichters I verhindert, so werden für diesen in folgender Reihenfolge als weitere Vertreter tätig:
 - Richter am Bundesgerichtshof Dr. Grube,
 - Richterin am Bundesgerichtshof Roggenbuck,
 - der Ermittlungsrichter II.
 - bb) Ist der nach B. III. 1. b) berufene Vertreter des Ermittlungsrichters II verhindert, so werden für diesen in folgender Reihenfolge als weitere Vertreter tätig:
 - Richterin am Bundesgerichtshof Dr. Hohoff,
 - Richter am Bundesgerichtshof Prof. Dr. Eschelbach,
 - der Ermittlungsrichter I.
 - cc) Ist der nach den vorstehenden Vertretungsregelungen in Doppelbuchstabe aa oder bb an letzter Stelle berufene Vertreter verhindert, so werden in folgender Reihenfolge als weitere Vertreter tätig: das jeweils dienstjüngste Mitglied des 1., sodann des 2. und schließlich des 4. Strafsenats. Sofern die nach den vorstehenden Vertretungsregelungen in Doppelbuchstabe aa oder bb an letzter Stelle berufenen Vertreter des Ermittlungsrichters I und des Ermittlungsrichters II gleichzeitig verhindert sind, so gilt für die Vertretungskette nach Satz 1, dass danach zunächst der Ermittlungsrichter I vertreten wird und sodann durch den nächst berufenen weiteren Vertreter der Ermittlungsrichter II.
- Ist das jeweils dienstjüngste Mitglied bereits nach einer der vorangegangenen Regelungen zur Vertretung berufen, so tritt an seine Stelle das nach ihm dienstjüngste Senatsmitglied, sofern es nicht mit der Wahrnehmung der Aufgaben der Präsidialrichterin/des Präsidialrichters betraut ist.
- dd) Über Ablehnungsgesuche gegen einen Ermittlungsrichter entscheidet
- bei Ablehnung des Ermittlungsrichters I der Ermittlungsrichter II, im Verhinderungsfalle der Ermittlungsrichter V,
 - bei Ablehnung des Ermittlungsrichters II der Ermittlungsrichter I, im Verhinderungsfalle der Ermittlungsrichter III,
 - bei Ablehnung des Ermittlungsrichters III der Ermittlungsrichter IV,
 - bei Ablehnung des Ermittlungsrichters IV der Ermittlungsrichter III,
 - bei Ablehnung des Ermittlungsrichters V der Ermittlungsrichter VI,
 - bei Ablehnung des Ermittlungsrichters VI der Ermittlungsrichter V.
- Im Übrigen gilt für den Fall der Verhinderung des zur Entscheidung über das Ablehnungsgesuch Berufenen die Vertretungsregelung – B. VI. 2. e) aa) bis cc) – entsprechend.
- f) Bereitschaftsdienst der Ermittlungsrichter
- Im Geschäftsbereich der Ermittlungsrichter besteht ein Bereitschaftsdienst für die Zeit von 18.00 Uhr bis 8.00 Uhr des folgenden Tages, freitags ab 14.00 Uhr sowie ganztägig für die dienstfreien Tage. Die Richter, die am Bereitschaftsdienst teilnehmen, werden jeweils für ein Jahr im Voraus durch Beschluss des Präsidiums bestimmt. Die Reihenfolge und der Zeitpunkt ihrer Heranziehung zum Bereitschaftsdienst werden durch den dienstältesten Ermittlungsrichter jeweils im Voraus festgelegt.

Der planmäßige Ermittlungsrichter ist auch während der Bereitschaftsdienstzeiten zuständig, wenn sein Tätigwerden wegen der tatsächlichen oder rechtlichen Schwierigkeiten der Sache – auch unter Berücksichtigung etwaiger besonderer Kenntnisse aufgrund einer Vorbefassung – geboten erscheint. Ist dies nicht der Fall oder ist er verhindert oder nicht erreichbar, so ist der zum Bereitschaftsdienst eingeteilte Richter zuständig.

C. Gemeinsamer Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes

(Gesetz zur Wahrung der Einheitlichkeit der Rechtsprechung der obersten Gerichtshöfe des Bundes – RsprEinhG – vom 19. Juni 1968, BGBl. I S. 661)

1. Dem Gemeinsamen Senat gehören nach dem Gesetz an:

die Präsidentin des Bundesgerichtshofs Limperg,

die Vorsitzenden der jeweils beteiligten Senate des Bundesgerichtshofs.

Bei Verhinderung der Präsidentin des Bundesgerichtshofs tritt das dienstälteste Mitglied, bei dessen Verhinderung das im Dienstalter folgende Mitglied der Großen Senate in den Gemeinsamen Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes ein (§ 3 Absatz 3 RsprEinhG, § 132 Absatz 6 Satz 3 GVG).

Bei Verhinderung des Vorsitzenden eines beteiligten Senats tritt sein regelmäßiger Vertreter im Vorsitz und bei dessen Verhinderung ein Mitglied des Senats jeweils in der Reihenfolge des Dienstalters ein. Tritt der regelmäßige Vertreter anstelle des Vorsitzenden in den Gemeinsamen Senat ein und ist er zugleich als Mitglied des Gemeinsamen Senats nach § 3 Absatz 1 Nummer 3 des Gesetzes bestimmt, so tritt für ihn als zu entsendendes Mitglied sein Vertreter ein.

2. In den Gemeinsamen Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes werden gemäß § 3 Absatz 1 Nummer 3, Absatz 2 und 4 RsprEinhG für die Geschäftsjahre 2019 und 2020 entsandt:

- | | |
|-------------------|--|
| I. Zivilsenat: | Richter am Bundesgerichtshof Prof. Dr. Schaffert
Vertreter: Richter am Bundesgerichtshof Prof. Dr. Kirchhoff |
| II. Zivilsenat: | Richter am Bundesgerichtshof Born
Vertreter: Richter am Bundesgerichtshof Wöstmann |
| III. Zivilsenat: | Richter am Bundesgerichtshof Seiders
Vertreter: Richter am Bundesgerichtshof Tombrink |
| IV. Zivilsenat: | Richter am Bundesgerichtshof Felsch
Vertreterin: Richterin am Bundesgerichtshof Harsdorf-Gebhardt |
| V. Zivilsenat: | Richterin am Bundesgerichtshof Prof. Dr. Schmidt-Räntsch
Vertreterin: Richterin am Bundesgerichtshof Dr. Brückner |
| VI. Zivilsenat: | Richter am Bundesgerichtshof Wellner
Vertreter: Richter am Bundesgerichtshof Offenloch |
| VII. Zivilsenat: | Richter am Bundesgerichtshof Dr. Kartzke
Vertreter: Richter am Bundesgerichtshof Halfmeier |
| VIII. Zivilsenat: | Richterin am Bundesgerichtshof Dr. Fetzer
Vertreter: Richter am Bundesgerichtshof Dr. Bünger |
| IX. Zivilsenat: | Richter am Bundesgerichtshof Prof. Dr. Gehrlein
Vertreterin: Richterin am Bundesgerichtshof Lohmann |
| X. Zivilsenat: | Richter am Bundesgerichtshof Gröning
Vertreter: Richter am Bundesgerichtshof Dr. Bacher |
| XI. Zivilsenat: | Richter am Bundesgerichtshof Dr. Joeres
Vertreter: Richter am Bundesgerichtshof Dr. C. Grüneberg |
| XII. Zivilsenat: | Richter am Bundesgerichtshof Prof. Dr. Klinkhammer
Vertreter: Richter am Bundesgerichtshof Dr. Günter |
| 1. Strafsenat: | Richter am Bundesgerichtshof Prof. Dr. Jäger
Vertreter: Richter am Bundesgerichtshof Bellay |
| 2. Strafsenat: | Richter am Bundesgerichtshof Dr. Appl
Vertreter: Richter am Bundesgerichtshof Prof. Dr. Eschelbach |
| 3. Strafsenat: | Richterin am Bundesgerichtshof Dr. Spaniol
Vertreter: Richter am Bundesgerichtshof Hoch |
| 4. Strafsenat: | Richter am Bundesgerichtshof Dr. Quentin
Vertreter: Richter am Bundesgerichtshof Bender |
| 5. Strafsenat: | Richter am Bundesgerichtshof Prof. Dr. König
Vertreterin: Richterin am Bundesgerichtshof Dr. U. Schneider |

Großer Senat für Zivilsachen:	Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof Prof. Dr. Kayser Vorsitzende Richterin am Bundesgerichtshof Dr. Stresemann 1. Vertreter: Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof Dose 2. Vertreter: Vizepräsident des Bundesgerichtshofs Prof. Dr. Ellenberger
Großer Senat für Strafsachen:	Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof Dr. Raum Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof Dr. Schäfer 1. Vertreterin: Richterin am Bundesgerichtshof Dr. U. Schneider 2. Vertreter: Richter am Bundesgerichtshof Dr. Quentin
Kartellsenat:	Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof Prof. Dr. Meier-Beck Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof Dr. Raum 1. Vertreter: Richter am Bundesgerichtshof Prof. Dr. Kirchhoff 2. Vertreter: Richter am Bundesgerichtshof Dr. Bacher
Dienstgericht des Bundes:	Richterin am Bundesgerichtshof Dr. Menges Vertreter: Richter am Bundesgerichtshof Gericke
Senat für Notarsachen:	Richterin am Bundesgerichtshof von Pentz Vertreter: Richter am Bundesgerichtshof Offenloch
Senat für Anwaltssachen:	Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof Prof. Dr. Kayser Richterin am Bundesgerichtshof Lohmann Vertreterin: Vorsitzende Richterin am Bundesgerichtshof Sost-Scheible
Senat für Patentanwaltssachen:	Richter am Bundesgerichtshof Dr. Grabinski Vertreterin: Richterin am Bundesgerichtshof Graßnack
Senat für Landwirtschaftssachen:	Richterin am Bundesgerichtshof Dr. Brückner Vertreter: Richter am Bundesgerichtshof Dr. Göbel
Senat für Wirtschaftsprüfersachen:	Richter am Bundesgerichtshof Prof. Dr. Jäger Vertreter: Richter am Bundesgerichtshof Prof. Dr. Mosbacher
Senat für Steuerberater- und Steuerbevollmächtigtensachen:	Richter am Bundesgerichtshof Prof. Dr. Jäger Vertreter: Richter am Bundesgerichtshof Prof. Dr. Mosbacher

Ist auch der namentlich benannte Stellvertreter des zu entsendenden Richters verhindert, so tritt ein anderes Mitglied des beteiligten Senats jeweils in der Reihenfolge des Dienstalters in den Gemeinsamen Senat ein.

**Anhang:
Sitzungstage und Sitzungssäle**

	Sitzungstage	Sitzungssäle
I. Zivilsenat	Donnerstag (Hauptsitzungstag)	H 123
	Mittwoch	H 223
II. Zivilsenat	Dienstag (Hauptsitzungstag)	H 123
	Donnerstag	H 123
III. Zivilsenat	Donnerstag, Montag	N 004, N 010
IV. Zivilsenat	Mittwoch	N 010
V. Zivilsenat	Donnerstag (Dienstzimmer)	N 106
	Freitag (Hauptsitzungstag)	N 004
VI. Zivilsenat	Dienstag (Hauptsitzungstag)	N 004*
	Freitag	H 123
VII. Zivilsenat	Donnerstag, Montag	H 222
VIII. Zivilsenat	Mittwoch, Montag	N 004, H 222
IX. Zivilsenat	Donnerstag (Hauptsitzungstag)	N 010
	Dienstag	H 222****
X. Zivilsenat	Dienstag (Hauptsitzungstag)	H 223
	(Patentsenat) Donnerstag	H 223
XI. Zivilsenat	Dienstag (Hauptsitzungstag)	N 010
	Mittwoch	H 123
XII. Zivilsenat	Mittwoch	H 123
1. Strafsenat	Dienstag (Donnerstag)	E 101**
2. Strafsenat	Mittwoch (Freitag)	E 101**
3. Strafsenat	Donnerstag	E 101**
4. Strafsenat	Donnerstag (Dienstag)	E 101**

	Sitzungstage	Sitzungssäle
5. Strafsenat	Montag bis Freitag	Leipzig
Kartellsenat	Dienstag	N 004
Anwaltssenat	Montag	N 004
Notarsenat	Montag	N 010
Patentanwaltssenat	Montag	N 004***

* bei Kollision mit Kartellsenat: H 123

** Ausweichmöglichkeiten: H 123, H 222, H 223

*** Ausweichmöglichkeit: H 222

**** Ausweichmöglichkeit: H 123